

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 35 Pfg. Postzeitungsliste: Nr. 4069 a. 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 78.

Donnerstag, den 2. April 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## An die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl besteht aus den Genossen B. Effinger, Vorsitzender, P. Pape, stellvertretender Vorsitzender, Adolf Ehlers, Kassierer, J. Stelling, Schriftführer und G. Ehlers, Beisitzer. Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an B. Effinger, Lübeck, Johannisstraße 50, demselben ist gleichfalls die Vermittelung der Referenten übertragen worden. Die Genossen und Vereine, welche zur Wahlagitatorien einen Referenten wünschen haben sich umgehend bei Gen. Effinger zu melden. Die Referenten selbst können direkte Bestellungen nicht mehr berücksichtigen.

Das Reichstags-Wahlkomitee.

## Ein Ordnungskartell.

Das „große Ordnungskartell“, von welchem unsere Gegner träumt haben, ist für ganz Deutschland nicht kompiert worden. Beim Volke ist die Kartellpolitik im Ganzen zu sehr verurteilt und die Gegner selbst haben bei ihr zu schlechte Geschäfte gemacht, als daß sie ein solches Kartell abzuschließen für gut fänden. Nur da, wo das rote Feuer der Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien allzu scharf auf den Nägeln brennt, haben sie sich zu dem löblichen Thun zusammengeschlossen, vereint den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten.

So ist für das Königreich Sachsen das Ordnungskartell zu Stande gekommen. Aber auch in anderen Theilen von Deutschland, wo die Sozialdemokratie so weit erstarrt ist, daß keine der gegnerischen Parteien es mehr zur Stichwahl bringt, versuchen dieselben durch Zusammengehen und die längst eroberten Kreise freizugeben. So auch jetzt in Lübeck, wo Nationalliberale und Freisinnige beider Richtungen gemeinsam gegen die Sozialdemokratie aufzumarschieren beabsichtigen.

Die Vereinigung gegnerischer Parteien bedeutet die vollständige politische Versumpfung des Bürgertums. Alle Programme und Prinzipien sind längst zerrissen und begraben worden. Gegen die Klassenbewußte Arbeitererschaft, das ist heute das einzige Programm, welches unsere Gegner kennen.

Das Zusammengehen unserer Gegner aber trägt bei zur Klärung der politischen Lage. Selbst der indifferente Arbeiter muß einsehen, wie wenig auf diese Parteien noch Verlaß ist, die ihre Programme in die Tasche stecken, sobald es sich um Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt. Uebrigens aber entspricht dieses Zusammengehen durchaus der wirklichen Lage der Dinge. Im Reichstage verschwinden die Fraktionsunterschiede immer mehr, und es stehen sich nur noch zwei Parteien gegenüber: das sozialistische Proletariat und das kapitalistische Bürgertum. Gleichmäßig haben alle bürgerlichen Parteien Schuld an der gegenwärtigen Gestaltung der Dinge und es hat dabei keinen Unterschied gemacht, daß die Junker sich konservativ, die Pfaffen und Kleinbürger sich zentrumspolitisch, die Industrie- und Handelskapitalisten sich nationalliberal oder freisinnig nennen. Sie alle haben bewilligt, haben ausgebeutet und belästet. Ihnen allen war das Proletariat die milchende Kuh, die mit den parlamentarischen Machtmitteln für den Kapitalismus gemolken wurde.

In ihren Thaten sollt Ihr sie erkennen!

Durch die Thätigkeit der bürgerlichen Parteien ist eine Reichsschuld von drei Milliarden Mark entstanden, die im Rechnungsjahr 1903 um 220 Millionen Mark vermehrt werden soll. 100 Millionen Mark sind jetzt alljährlich notwendig, diese Reichsschuld zu verzinsen und zu verwalten.

Diese Riesenschuldsumme würde das deutsche Reich heute noch nicht haben, wenn nicht die bürgerlichen Parteien ausnahmslos dem kulturfeindlichen Militarismus und dem Weltmachtsrummel ihre Unterstützung geliehen hätten. In dem einen Rechnungsjahre 1902 (vom 1. April 1902 bis 31. März 1903) haben sie in runden Summen für das Militär 654 Millionen Mark, für die Marine 217 Millionen Mark, für die Kolonien 37 1/2 Millionen Mark bewilligt. Mit den Zinsen der Reichsschuld, welche eben durch diese fortgesetzten Ausgaben vornehmlich entstanden ist, macht das in einem einzigen Rechnungsjahr über eine Milliarde Mark für gänzlich unkulturelle Zwecke!

Dieselben Parteien haben sich ängstlich gehütet, direkte Steuern zu schaffen. Von einer Reichseinkommensteuer, welche die Einkommen der Besitzenden heranzieht und die Armen entlastet, wollen sie nichts wissen; wohl aber sind sie alle schmunzelnd damit einverstanden, daß der arme Mann von seinen kümmerlichen Lebensmitteln indirekte

Steuern und Zölle in solcher Höhe bezahlt, daß er unter der Last beinahe zusammenbricht. Von den durchschnittlich 800 Millionen Mark, die alljährlich an Verbrauchssteuern und Zöllen in die Reichskasse fließen, zahlt die besitzende Klasse kaum 52 Millionen; das Uebrige läßt man den „Bruder Arbeiter“ tragen, dessen Familie jährlich circa 84 bis 86 Mt. an Zöllen und Verbrauchssteuern in die Reichskasse giebt. Neue Steuerprojekte (Bier und Tabak) schweben in der Luft und werden sicher Gesetz werden.

Dazu der Beutezug mit dem Zolltarif auf die Taschen des armen Volkes. Zwar wollen die Freisinnigen hiermit nichts zu thun haben. Allein die freisinnige Volkspartei Richters hat, während sie öffentlich gegen die Zollerhöhungen stimmte, in geheim den Junkern und Ausbeutern geholfen, die Beute heimzubringen. Wenn die freisinnige Vereinigung sich auf ihre Opposition gegen den Zolltarif beruft, so zeigt ihr jetziges Zusammengehen mit den Führern und den Anwälten des Brodwuchers, daß sie sich bereits in die Situation gefunden hat. Nicht das Interesse des durch Zölle beschwerten arbeitenden Volkes, sondern das bedrohte Händlerinteresse war ihnen maßgeblich für ihre Opposition. Deshalb laufen die Leute der freisinnigen Vereinigung mit den Nationalliberalen und den Richterteuten.

Eine runde Milliarde Mehrbelastung pro Jahr hat zukünftig durch den angenommenen Zolltarif das arme Volk zu tragen. Zu tragen für 25 000 Großgrundbesitzer, die, neben dem deutschen Reich, allein den Vortheil aus den Zollerhöhungen haben. Sie allein verkaufen Getreide; der kleine Bauer verkauft nicht nur nichts, er muß selbst noch Getreide und Futtermittel hinzukaufen und diese haben ihm die großen Herren noch verteuert.

Einig sind sich diese bürgerlichen Parteien gewesen, wenn es sich darum handelte, durch gänzliche Verhinderung oder mögliche Beschränkung der sozialen Gesetzgebung den Arbeiter möglichst wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung zu überantworten. Bei der Seemannsordnung lehten sie die Verbesserungen, welche die Sozialdemokraten vorschlugen, ab und gaben den Seelenten nicht einmal volle Koalitionsfreiheit. Beim Ladenschluß für offene Verkaufsstellen machten sie die Bestimmungen so behärd, daß es ein umständlicher Weg wurde, den Achtuhr Ladenschluß herbeizuführen, wie wir erst jetzt in Lübeck gesehen haben. Den Staatsarbeitern wurde das Koalitionsrecht abgesprochen und für die organisierten Arbeiter sollte ein Zuchtstrafgesetz geschaffen werden. Gegen die Föderalverordnung wurde Sturm gelaufen, gegen den Schutz der Gastwirthsgehilfen ebenfalls und der Freisinnige Cünger verlangte hierbei sogar die Wiederabschaffung des gesetzlichen Ruhetages. Der Kinderschutz, durch das letzte angenommene Gesetz, wurde durch die Thätigkeit dieser Parteien zu einem unzulänglichen Flickwerk und noch vor Thoreschluß lehnte der Reichstag selbst die bloße Forderung des Festschreibens ab. Den Gewerbeaufsichtsbeamten sind noch immer nur geringe Befugnisse zuzurechnen, die sie hindern in der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern. Zur Milderung des durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Nothstandes unter den Arbeitern ist nichts geschehen. Durch die Schuld der bürgerlichen Parteien liegt das sozialpolitische Gebiet brach und todt.

Wenn diese bürgerlichen Parteien zusammen gehen, um der Arbeiterklasse ihre Vertretung im Reichstage zu entreißen, ist dies ein in dem reaktionären Charakter aller bürgerlichen Parteien begründeter Vorgang. Aber ein energisches Zusammenstehen der Arbeiterklasse macht alle Treibereien der Gegner zu Schanden und einen neuen Wahlsieg der Sozialdemokratie in ihren alten Ruhmeskranz fügen.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Seltene Gerüchte über bevorstehende „große Ueberreichungen“ politischer Art finden in der Presse ihren Niederschlag. So schreibt z. B. die „Münchener Post“ über die bevorstehende Komrte des deutschen Kaisers: „Pontifex Maximus und Wilhelm II. werden voraussichtlich eine sehr lange Unterredung miteinander haben. Es wird sich dabei darum handeln, einen Druck auf das Zentrum auszuüben, um eine ganz gewaltige Flottenvermehrung durchzuführen. Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser. Als Gegenkonzeptionen kämen in Betracht: Aufhebung §§ 1 und 2 des Jesuitengesetzes, eventuell Gestattung der Niederlassung französischer Kongregationen auf Germaniens Küsterarmen Küren. Kardinal Georg Kopp war nicht umsonst in Rom, Rom ist nicht umsonst desavouirt worden und Donna Laura hat ein dankbares Gemüth. Auch Bernhard der Heringspate denkt gerne daran, daß er ohne päpstlichen Diepsen nicht sein Ohgemahl hätte heimführen können.“ — Aehnliche Meldungen enthalten auch der nationalliberale „Hannoversche Kurier“ und die „Rheinisch-westfälische Zig.“, nur daß nach jenen Meldungen die Gegenleistung für die Flottenbewilligung die Uebernahme eines orientalischen

Protektorats der katholischen Interessen durch Deutschland sein würde. Wäre die Meldung auch nicht wahr, so wäre sie jedenfalls gut erfunden; denn es charakterisiert auf treffendste, wie der deutschen Politik für eine große Flotte kein Preis zu theuer ist.

Abgeordneter Knörcke †. Dienstag früh ist der Reichs- und Landtagsabgeordnete Knörcke in Zehlendorf am Herzschlag gestorben. Er war am 28. Juli 1836 zu Hohen-Lübichow in der Neumark geboren, seit 1875 Mitglied des Abgeordnetenhauses für den 3. Berliner Landtagswahlkreis. Von 1890 bis 1893 war er Reichstagsabgeordneter für Schwarzburg-Rudolstadt; 1897 wurde er in der Ersthauptwahl für Torgau-Weidenwerda gewählt. Knörcke, der von Hanse aus Theologe war, gehörte der freisinnigen Volkspartei an.

Der Reichstag hat, bevor er demnächst auseinandergeht, noch folgenden Verathungstoff zu erledigen: 3 Gesetzentwürfe, die Vorlage wegen des Wahlreglements, 6 Rechnungssachen, 3 Resolutionen, 5 Interpellationen, 4 Petitionen der Kommission für die Geschäftsordnung, den Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Sieg, 9 Petitionsberichte und 46 Initiativanträge, von denen 37 bereits vor dem 24. November 1900 eingegangen waren. — Die drei noch restierenden Gesetze sind die Krankenkassennovelle, das Gesetz betreffend die Phosphorzündwaaren und die kleine Novelle zum Reichsbeamtengesetz. Der Bericht der Kommission für die Krankenkassennovelle soll während der Osterferien vertheilt werden.

Zur Strafprozessreform. Vom 17. bis 21. v. M. tagte im Reichsjustizamt wieder die Kommission zur Vorbereitung der Revision des Strafprozesses. Den Gegenstand sehr eingehender Verathungen bildete die Frage, ob die Vorschriften über die Beeidigung von Zeugen und Sachverständigen einer Aenderung zu unterwerfen seien; insbesondere handelt es sich hierbei um die Frage, die bereits wiederholt zu gesetzgeberischen Versuchen geführt hat, ob die Beeidigung der Zeugen bei ungläubwürdigen und unerheblichen Aussagen sowie in geringfügigen Sachen einzuschränken sei, ferner ob der Boreid durch den Racheid zu ersetzen und in welchem Abschnitt des Verfahrens die Beeidigung zu bewirken sei. Die Kommission hatte auch die Frage zu prüfen, ob es sich empfehle, den Redakteuren und dem übrigen Personal der periodischen Presse die Befugniß zur Verweigerung des Zeugnisses über Verfasser und Einfender von Prekartikeln einzuräumen. Ueber die Verhandlungen werden Protokolle angelegt; man darf nach der „Köln. Zig.“ annehmen, daß sie später veröffentlicht werden, um der Wissenschaft und Praxis Gelegenheit zur öffentlichen Erörterung über den Inhalt der Verathungen und Beschlüsse zu geben.

Scheiterhaufen gefällig? Ein beim Kaplan Dasbach in Trier 1902 erschienener Arbeiter-Katechismus fordert auf Seite 25 mit folgenden Worten gewaltsame Bestrafung des Unglaubens: „Dagegen wäre es sehr rathsam, daß der Staat die Verbrennung atheistischer Grundsätze ganz allgemein bestrafe, nicht bloß, wenn sie von Sozialdemokraten, die meist Arbeiter sind, sondern ebenso auch, wenn sie von liberalen Redakteuren in den Zeitungen oder von ungläubigen Professoren auf dem Katheder oder von wem sonst immer geschieht.“ — Wer also nicht an Gott glaubt, soll ins Gefängniß wandern. Weil Atheisten sehr gefährlich sind, sollen solche Heiden grausam gemartert werden. Es ist nur gut, daß das Volk erfährt, was es von der Zentrumspartei zu erwarten hat.

Der Reichsinvalidenfonds hatte am Schluß des Monats Februar 1903 nach Mittheilung an den Reichstag einen Bestand in Schuldverschreibungen zum Nennwerth von 313 416 250 Mt. Dazu kamen Baarwerthe im Betrage von 9 392 409 Mt. Die Baarwerthe bestanden mit circa 7 Millionen Mark in einem Guthaben bei der Reichshauptkasse und circa 2 Millionen Mark in Guthaben bei Bankinstituten. Unter den Schuldverschreibungen waren rund 261 Millionen Mark solche des Reichs und der Bundesstaaten, rund 14 Millionen Mark Schuldverschreibungen mit Staatsgarantie, rund 4,8 Millionen Mark Rentenbriefe preussischer Rentenbanken und rund 34 Millionen Mark Schuldverschreibungen deutscher kommunaler Korporationen. Dieser Betrag vertheilt sich auf nicht weniger als 162 Kommunen. Darunter sind aber nur drei, welche Beträge über eine Million Mark dem Reichsinvalidenfonds schulden, nämlich Mannheim, München und Dortmund. Die Schuldverschreibungen sind mit 4 und theilweise mit 4 1/2 Proz. zu verzinsen.

Der Bund deutscher Nahrungsmittel-Fabrikanten und Händler hat an den Reichskanzler Grafen v. Bülow die Bitte gerichtet, veranlassen zu wollen: „daß die sachlichen Unterlagen zur Begründung gesetzgeberischer Maßnahmen auf dem Gebiete der Nahrungs- und Genussmittel, sowie der Gebrauchsgegenstände im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes, bevor sie als Grundlagen der Gesetzgebung verwendet werden, veröffentlicht und den berufenen Vertretern der be-



theilhaftigen gewerblichen und wissenschaftlichen Kreise zu gut-  
achtlichen Meinungsäußerungen vorgelegt werden. — Es  
ist weit gekommen in heiligen Deutschen Reiche, daß um  
etwas so Selbstverständliches erst noch lange gebettelt werden  
muß.

**Vorstehender Rücktritt des Statthalters von  
Elsass-Lothringen.** Nach der „Bürgerzeitung“ gedenkt der  
Statthalter von Elsass-Lothringen, Fürst Hohenlohe-Schillingen-  
burg, im nächsten Jahre seinen Abschied zu nehmen. Als  
Nachfolger sei Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe,  
der Schwager des Kaisers, in Aussicht genommen.

**Zur Kruppaffäre.** Die Kupfabloßkassiers sind nach-  
gerade in der famosen Kruppaffäre doch recht still ge-  
worden: die Wittve Margarete Krupp veräußert sechs  
Millionen Mark weniger an jährlichem Einkommen für  
sich und ihre minderjährigen Töchter, als ihr verstorbener  
Gemahl. Man kann daraus einen Schluß ziehen, wie es  
auf Capri zugeht! Dazu kommt noch der Selbstmord des  
Schotten Macdonald, welchen die heuchlerische Prü-  
derie der vornehmen Gesellschaft Londons wegen seiner homo-  
sexuellen Neigungen genau so in den Tod trieb wie die  
Berliner... gesellschaft den leidenden Kanonenmann. Und  
nun nichts endlich auch auf Capri helllichter Tag. Der  
Untersuchungsrichter Collenza hat in der Strafsache ge-  
gen den Major Hermann Miller's von Hamburg  
wegen widerrechtlicher Unzucht mit minderjährigen  
Knaben seine Untersuchung abgeschlossen und auf Antrag des  
Staatsanwalts Valeris die Eröffnung des Hauptver-  
fahrens vor der 7. Strafkammer Neapel gutgeheißen. Die  
Eltern des geschädigten Knaben Stingo sind mit ihren  
privaten Entschädigungsansprüchen bei dem Strafverfahren  
als Nebenkläger zugelassen. Die „Villa Miller's“ auf  
Capri bleibt beschlagnahmt. Entgegen allen guß-  
stahlsozialistischen Ausstellungen sei hierbei ein- für allemal fest-  
gestellt, daß die Justizbehörden Neapels nicht den mindesten  
Anlaß hatten, die Affäre F. Krupp durch gerichtliche Amts-  
handlungen aufzuklären; diese sind nach der Strafprozeß-  
ordnung Italiens in Sachen eines Verstorbenen unmöglich  
und auch niemals versucht worden.

**Der „tattlose“ Dewey.** Admiral Dewey, der seit  
Manila her auf hohe deutsche Marinestellen nicht gut zu  
sprechen ist, hat die amerikanischen Flottenmanöver im Pa-  
zifischen Meere nicht bloß als „warnendes Beispiel“ für  
Deutschland bezeichnet, sondern unmittelbar auf den  
deutschen Kaiser gewiesen. Die Offenherzigkeit des  
Admirals wird nun von der Regierung in Washington, wie  
es sich gehört, bedauert. Und das interessante Spiel findet  
seine Höhe, indem Dewey selbst erklärt, er habe nichts sagen  
wollen, was als gegen den Kaiser gerichtet gedeutet werden  
könne.

**Die tapferen Weiber von Augsburg.** Aus Augs-  
burg wird geschrieben: Da zur Zeit bei den Eisenbahn-  
schaffnern der Dienst ein bezaubernd strenger ist, daß dieselben  
keine der nötigen Annehmlichkeiten haben, um sich richtig er-  
holen zu können, haben die Frauen der hier stationierten  
Eisenbahnschaffner eine Eingabe an den Vorstand der Eisen-  
bahnbetriebsdirektion Augsburg gerichtet, in der sie sich  
erzürnen über die lange Dienstzeit ihrer Männer beschwerten  
und zweitens um Abhilfe dieses Mißstandes bitten. —  
Köstlich! Die Frauen bitten für ihre Männer und diese  
sehen in der Erde und ducken sich wie arme Sünder.

**Kleine politische Nachrichten.** Am heutigen 1. April  
treten folgende Reichsgesetze in Kraft: Die Novelle  
zum Fleischbeschutzgesetz, die Seemannsordnung mit Neben-  
gesetz und das Schiffsbesetz. — Das preussische Ab-  
geordnetenhause hat sich Dienstag bis zum  
21. April vertagt. — Im Hinterland von  
Algier wurde am Sonntag nach Meldungen aus Beni-  
Mun eine Schützenpatrouille des bei der Lase Sigis  
liegenden Postens Marel-Blug angegriffen. Dabei wurden  
ein französischer Unteroffizier und 4 Mann  
getötet, zahlreiche andere verwundet. — Nach einer  
Meldung aus Kap Haitien fand in der Nähe von  
Dorabon ein Gefecht statt. Die Regierungstruppen  
verlor 27 Tote und 33 Verwundete, die  
aufständischen 5 Tote und 11 Verwundete. Man erwartet  
ständig eine Schlacht.

#### Norwegen.

**Norwegens Zollkränkung.** Das Storting lehnte  
Sonntags den Vorschlag auf Zollherabsetzung für Geräte  
und Werkzeug zum Handwerks- und Fabrikbetrieb ab, nahm  
dagegen einen Zoll von 10 Dore für das Kilogramm Nägel  
und Stifte von unter 5 Millimeter Länge und von 3 Dore  
für das Kilogramm bei über 45 Millimeter Länge an, ferner  
für eisener Bettstellen einen Zoll von 10 Dore für das Kilo-  
gramm, für Messer 2 Kronen für das Kilogramm. Der  
Benzinzoll wurde von 20 auf 50 Dore für den Doppel-  
zentner erhöht. Für goldene Uhren sollen 3 Kronen, für  
silberne 2 Kronen und für Uhren aus anderem Metall eine  
Krone Zoll gezahlt werden.

#### Schweden.

**Die erste Kammer hat am Sonntag den Regierungs-  
vorschlag betr. die Anhebung des Reiszolles mit  
105 gegen 32 Stimmen verworfen, die zweite  
Kammer dagegen dieselbe Vorlage mit 138 gegen 68 Stimmen  
angenommen. Es findet daher in der Angelegenheit  
eine gemeinsame Abstimmung statt.**

#### Rußland.

**Soziale Gährungs.** Auch im Süden von Rußland  
haben Hitze und Sichel ihr blutiges Handwerk verrichtet.  
Das Lissier Anzeigblatt „Kawkas“ meldet: Unruhigen kamen  
am 22. März in Batsma vor. Bei der Uebersicht der An-  
wärter, welche die wegen Ausfuhrange verursachten An-  
wärter verhandelt hatten, sammelte sich am Morgen eine  
große halbwilde Volksmenge mit einer roten Fahne  
an. Als der Zug abfuhr, ging der Volksmenge mit. Der  
Zug wurde erschüttert und das Bahngelände „angefüllt“, um  
Unglücksfälle zu verhindern, gerannt werden, worauf der Zug  
weiterfuhr. Dem Bahnhofs zog die Volksmenge, welche  
Forderungen mit regierungswidrlichen Aufschriften enthielt, den  
Marientempel entlang und gab Revolverkugeln ab, wo-  
durch aber niemand verletzt wurde. Beim  
Heranrücken des Militärs verließ sich die Menge. Auch in  
Batsma fanden kürzlich Unruhen statt. Beim Marientempel  
sammelte sich eine Volksmenge an, der regierungswidrliche  
Forderungen verheißte. Ein Teil der Angehörigen wurde  
von der Polizei und Soldaten vertrieben, ein anderer erhielt  
Zug, welche sich nochmals sammelten und besaß die Polizei  
und die Soldaten mit Schüssen. Es gelang schließlich, die

Menge zu vertreiben. Abends war die Ruhe wiederherge-  
stellt. Der Vize-Gouverneur wurde am Kopfe und einer  
Hand leicht verwundet, auch wurde ein Kosak verwundet.  
21 Ruheführer wurden verhaftet, davon erhielten 18 Arrest-  
strafe von 1 bis 4 Monaten. — Die Bürger, die an einer  
Demonstration im Theater „Harmonia“ in Bialostok  
theilnahmen, wurden einfach auf administrativem  
Wege zu Gefängnis verurteilt, und zwar 4 zu 6 Mo-  
naten, 21 zu 2 Monaten und 6 zu 1 Monat.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Eine imposante sozialdemokratische Demonstra-  
tion** fand abermals Sonntag auf dem Freiheitsplatz vor  
dem Parlamentsgebäude in Budapest statt. Mehr als  
20 000 Personen hatten sich eingefunden, um gegen die von  
den Klerikalen im Parlament erhobenen infamen Beschuldi-  
gungen, daß die ungarischen Sozialdemokraten sich an die  
Polizei verkauft hätten, energisch zu protestieren. Die Ver-  
sammlung, welche völlig ruhig verlief, gelobte, nicht eher zu  
ruhen und zu rasten, bis die geistlichen Güter säkularisiert  
sein würden.

**Die Situation in Ugram** ist noch immer eine ge-  
spannte, wenn auch größere Ruhestörungen nicht mehr vor-  
gekommen sind. Die Agitation gegen ungarische und  
deutsche öffentliche Aufschriften dauert noch fort.  
Einzelne Gruppen von Demonstranten verfügten sich zu den  
Kaufleuten, von denen sie die Entfernung von ungarischen  
und auch deutschen Reklametafeln und Schildern forderten.  
Von den Hoflieferanten wurde die Beseitigung der an ihren  
Geschäften angebrachten Doppeladler verlangt, doch hat die  
Polizei diese dort, wo sie bereits entfernt worden sind, wieder  
anbringen lassen.

#### Belgien.

**Der Achtstundentag in Bergwerken.** Der Antrag  
der sozialdemokratischen Fraktion, der dahin geht, in den  
Kohlenbergwerken den neunstündigen, nach Ablauf von zwei  
Jahren den achtstündigen Maximalarbeitstag gesetzlich festzu-  
legen, hat in der Kammer viel Aussicht auf Annahme. Von  
den sieben bestehenden Abteilungen (Sektionen) der Kammer  
haben sich sämtliche fünf Sektionen, die sich bis jetzt mit  
dem Entwurf beschäftigt haben, zum Theil einstimmig für die  
Annahme desselben erklärt.

#### Holland.

**Die Abänderung der Zwangsgeetze.** Die Ant-  
wort der Regierung auf den provisorischen Bericht der Sek-  
tionsberatungen ist nunmehr erschienen. Der Wortlaut der  
Vorlage der Zwangsgeetze ist dabei ganz bedeutend  
abgeändert worden. Mit sehr energischen Worten ver-  
sucht Dr. Kuyper diese wenig energische That zu begründen.  
Wie bekannt, besteht die Strafgesetzbuchvorlage gegen die Streiks  
aus zwei Theilen. Der eine Theil soll die „Freiheit der  
Arbeit“ beschützen, der andere will den Arbeitern in öffent-  
lichen Diensten oder beim Eisenbahnverkehr das Streikrecht  
rauben. Im ersten Theil lautete die ursprüngliche Fassung,  
daß nicht nur Gewalt und Drohung mit Gewalt, sondern  
auch die Verhinderung oder Belästigung eines Arbeiters  
oder Handlungen, die geeignet sind, jemanden zu belästigen  
oder zu zwingen, etwas zu thun oder zu lassen,  
mit bis zu drei Monaten Gefängnis bestraft werden solle.  
Jetzt läßt die Regierung diese Fassung fallen und beantragt,  
daß außer Gewalt und Drohung mit Gewalt auch jede  
„Schadlichkeit“ (feindliche Handlung) be-  
straft werden solle, welche den Zweck hat, jemand zu zwin-  
gen, etwas zu thun oder zu unterlassen oder zu dulden.  
Dafür wird in einem weiteren Artikel beantragt, daß Be-  
lästigungen auf öffentlicher Straße mit Geldstrafe bis zu 100  
Gulden oder Gefängnis bis zu einem Monat zu bestrafen  
seien. Die Strafmaxima auf die Dienstweiger-  
ung der Eisenbahner zc. ist auf zwei Jahre  
herabgesetzt worden. Auch wird die gerichtliche Ab-  
erkennung des aktiven und passiven Wahlrechts zurückgenom-  
men. Dann erklärt aber auch die Regierung, daß eine Zu-  
rücknahme der ganzen Strafgesetzbuchvorlage absolut unmöglich  
sei, und hiermit hat Dr. Kuyper erklärt, daß er entschlossen  
ist, mit seinem reaktionären Gesetzbuch zu stehen und zu  
fallen. Die Entziehung ihres Streikrechts soll dann den  
Eisenbahnern durch einen gesetzlichen Schutz ihrer Rechte  
gegenüber den Eisenbahngesellschaften kompensiert werden.  
In diesem Gesetz werden Vorschriften über schiedsgerichtliche  
Behandlung von Streitfragen, über Kündigungstermine zc.  
gemacht. Ausdrücklich erklärt die Regierung, daß das Streik-  
postenstreiken durch das Gesetz nicht verboten ist. Posten-  
streiken also nicht, Posten gehen aber wohl. Die Abände-  
rungen sind nicht unerheblich; aber die entscheidende Er-  
klärung der Regierung, daß eine Zurücknahme unmöglich sei,  
bedeutet, daß die Vorlage nun auch im großen ganzen an-  
genommen werden wird; denn die Disziplin in der  
reaktionären Bande ist sehr stark. Am Dienstag brachte die  
Regierung in der Kammer ein Gesetz ein, das sie ermächtigt,  
die außerordentlich einberufenen Truppen länger als sechs  
Wochen unter den Waffen zu behalten. Die Verfassung  
gibt der Regierung das Recht, Militär einzuberufen, aber  
nur auf 6 Wochen; dann muß ein Gesetz weiter entscheiden.  
Es ist nicht unmöglich, daß die Mehrheit es erreicht, daß  
die Zwangsgeetze noch vor Oßern erledigt werden.

#### Spanien.

**Der Aufruhr in Valencia** dauert in unveränder-  
ter Schärfe fort. Die Manifestanten gegen den Gouverneur  
ließen Montag von einem Kapitän aus die Stadt mit  
unzähligen Fingerringen gegen den Gouverneur und gegen  
die Regierung überschwenken. Eine Straßen-Demonstration,  
welche seitens der Republikaner geplant war, wurde vom  
Gouverneur unterjocht.

#### Balkan.

**Die Wirren in Albanien und Mazedonien** nehmen  
ein immer erschwerendes Gesicht an. Wie der „Frank. Ztg.“  
nenerdings aus Konstantinopel gebracht wird, belagern  
türkische Gendarmerietruppen unter Führung  
Ejjad Bey's angeblich bei den katholischen Albanesen,  
den sogenannten Mirditen, besetzten Ort Bazia. Sie  
fordern die Herausgabe mehrerer Nebelthaler, Niederbrennung  
der Häuser derselben und Zahlung eines größeren Tributs.  
Unter den katholischen Albanesen herrscht infolge dessen selbst-  
verschuldet sehr große Erregung. Mehrere der jetzigen  
„Republikaner“, welche Bazia belagern, besaßen sich  
übrigens früher selbst unter den Mirditen, die an den Gewalt-  
thaten theilhaftig sind, dretwegen sie jetzt Bazia belagern.

Die österreichisch-ungarische Botschaft lenkte in erster Reihe  
die Aufmerksamkeit der Botschaft auf diese Zustände. Aus  
Sofia wird denselben Blatte ferner noch gemeldet, daß ein  
türkisches Detachement von 1000 Mann und sechs  
Geschützen das mazedonische Dorf Karbinzi, zwei  
Stunden östlich von Thessalonien, völlig zerstört  
und dem Erdboden gleichgemacht hat. Als die Türken er-  
sahen, daß im Dorfe, das etwa 40 Häuser zählte, 20 Auf-  
ständische sich versteckt hielten, griffen sie am Nachmittag des  
25. März Karbinzi an. Sie überschütteten das Dorf Nacht  
mit Granaten, drangen am Morgen des 26. in dasselbe ein  
und massakrirten die übrig gebliebene Be-  
völkerung.

**Sprengung einer Eisenbahnbrücke in der Türkei.**  
Die auf türkischem Gebiete liegende Eisenbahnbrücke zwischen  
Mustafa Pascha und Kadiköi ist durch Dynamit in die Luft  
gesprengt worden, wodurch der Eisenbahnverkehr mit Kon-  
stantinopel unterbrochen ist. Die Brücke ist 11 1/2 Meter lang  
und führt 3 Kilometer östlich von der Station Mustafa Pascha  
über einen Nebenfluß der Mariza. Das Attentat erfolgte  
nach 1 Uhr Nachts, nachdem der von Konstantinopel kommende  
Orientexpress eben die Brücke passiert hatte, aber noch ehe der  
von Sofia kommende Expresszug über dieselbe gefahren war;  
Menschen sind nicht unglücklich gekommen. Es wird vermutet,  
daß die Sprengung durch eine mazedonische Bande vorgenommen  
wurde. Der Chefingenieur der Bahn ist sofort an Ort und  
Stelle abgereist, um die schleunige Wiederherstellung der  
gesprengten Brücke zu betreiben.

#### Afrika.

**Ueber eine Meuterei, die in der Artillerie-  
Kaserne von Pretoria** stattfand, melden englische  
Blätter: Ein Korporal des Leicester-Regiments, der arretirt  
werden sollte, widersetzte sich und eine Anzahl Soldaten ver-  
theidigte ihn vom Balkon der Kaserne aus. Darauf wurde  
Alarm geschlagen und von Offizieren der Befehl gegeben,  
die Meuterer zu arretiren. Dieselben feuerten alsdann auf  
die Truppen und verwundeten 18 Mann. Schließlich wurden  
22 meuternde Soldaten verhaftet.

#### Vereinigte Staaten.

**Erste Differenzen** sind im amerikanischen Brücken-  
baugewerbe ausgebrochen. 25 000 Arbeiter verlangen  
theils Lohnerhöhungen, theils Ausschließung der nicht-  
organisirten Arbeiter. Am ernstesten ist die Bewegung bei  
der American Bridge Company, von deren Arbeitern 6000  
die Arbeit einstellen, wodurch zahlreiche große wichtige  
Bauten zum Stillstand gekommen sind. Sollte sich der  
Streik auch noch auf andere Betriebe ausdehnen, so würden  
nach einer Erklärung des Gewerkschaftspräsidenten 200 000  
Mann fern. Aus zahlreichen Städten kommen Nachrichten  
über schon im Gange befindliche oder über angekündigte  
Streiks.

#### Wien und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 1. April.

**Zur Reichstagswahl.** Wie schon kurz gemeldet, ver-  
zichtet Prof. Dr. Baethke, nachdem die Nationalsozialen  
den Wismasch nicht mitmachen wollen, darauf, gemein-  
samer Kandidat der Ordnungsparteien für Lübeck zu  
spielen. Hieraus kann man schlussfolgern, daß Professor  
Baethke den sicheren Durchfall vor Augen sieht, wenn ihn  
die Nationalsozialen nicht mitunterstützen. Wir müssen  
uns, offen gestanden, über die politische Kurzsichtigkeit des  
geplanten Wismaschandidaten wundern. Glaubt dieser  
denn etwa, daß die Nationalsozialen in Lübeck irgend  
welche nennenswerthen Erfolge erzielen werden? Fast  
scheint es so! Dann aber befindet er sich auf einem Irr-  
wege, denn selbst der Redakteur der „E.-Ztg.“ Herr  
Wienandt, der sonst ein ziemlich großer Optimist ist,  
glaubt selbst nicht daran, daß der nationalsoziale Kan-  
didat, Herr Tischendorf, der sozialdemokratischen Partei  
auch nur etliche Anhänger entziehen könnte, trotzdem  
genannter Kandidat „aus allerfeinsten Verhältnissen  
stammt“. Auch wir sind fest davon überzeugt, daß die  
Nationalsozialen in Lübeck keine Zukunft haben. Auch der  
in Aussicht genommene Wismaschandidat, Prof. Dr.  
Baethke, erfreute sich keineswegs der Sympathien, die das  
freisinnige Organ ihm nachrühmt. Uns ist bekannt, daß  
die nicht akademisch gebildeten Lehrer dem Herrn Professor  
zum größten Theil auch nicht eine einzige Stimme gegeben  
hätten, da dieser Herr allzusehr seinen akademischen  
Charakter hervorhebt und damit seine aus dem Seminar  
hervorgegangenen Lehrer direkt abtödt. Auch aus Hand-  
werkerkreisen wären dem Ordnungskandidaten nicht all-  
zuviel Stimmen zugefallen. Uns kann es natürlich nur  
recht sein, daß die Nationalsozialen — um mit Herrn Heise  
zu reden — „im jugendlichen Uebermut ihren politischen  
Zielen“ folgen. Wir fühlen uns in der Rolle des „lachen-  
den Dritten“ außerordentlich wohl, fernermalen auch wir  
der Ansicht sind, daß in Lübeck spießbürgerliche Dickköpfig-  
keit mehr Unheil anrichtet, als die Vernunft Gutes schaffen  
kann“ — wie Herr Heise sich sehr richtig ausdrückt. Daß  
dem Stadt- und Landbote die Angabe der Quelle des  
von ihm aus dem „Eg. Ftbl.“ abgedruckten Artikels  
nicht angenehm ist, können wir uns lebhaft vorstellen.  
Jeder Mann, der sich nur etwas mit Politik befaßt hat,  
weiß, daß der „Sozialistenpiegel“ nur das Produkt eines  
hirnverbrannten Kopfes ist. Daß die hiesige freisinnige  
Volkspartei resp. ihr Organ über keine anderen Kampfes-  
mittel verfügen, ist bezeichnend. Dieser Umstand beweist  
wieder einmal, daß man auf jener Seite im Wahlkampfe  
nur das nachplappert, was ihnen der Verfasser des  
„Sozialistenpiegel“ vorgekauft hat. Und mit solchen  
Wiederläufern muß man sich herumschlagen! Netze Aus-  
sichten!

Uebrigens möchten wir auch bei dieser Gelegenheit  
unsere Genossen auffordern, die wenigen Wochen, welche  
uns noch vom Wahltermin trennen, auszunützen. Wenn  
auch nicht daran zu zweifeln ist, daß Lübeck auch während  
der nächsten 5 Jahre durch einen Sozialdemokraten im  
Reichstage vertreten ist, so wäre es dennoch verkehrt, wenn  
wir uns in Sicherheit wiegen würden. Wir wollen viel-  
mehr Mann für Mann im Wahlkampfe stehen und dem  
Gegner eine geschlossene Phalanx entgegenstellen, damit  
auch bei der diesjährigen Wahl abermals bewiesen wird,  
daß Lübeck trotz der Rothschien unseres Polizeiamtes roth  
ist und bleibt. Also auf, Genossen, zur Agi-  
tation!

Die hiesigen Steinsetzer, Hammer und Hülfsarbeiter  
sind, nachdem ihre Forderungen nicht bewilligt und auch  
Unterhandlungen seitens der Meister abgelehnt wurden,  
am heutigen Tage in den Streik eingetreten.  
Nur die Firma Koeppen hat die Forderungen aner-  
kannt, hier wird also weitergearbeitet. Sonst ruht allent-



halten, auch in der Gr. Burgstraße, die Arbeit. Die Streikenden haben eine Mehrforderung von 5 Pfg. pro Stunde gestellt, so daß sich also der Lohn für Steinfeker auf 60, für Kammern auf 45 und für Hülfsarbeiter auf 40 Pfg. stellen würde. Es steht zu erwarten, daß der Streik recht bald sein Ende erreicht, da die Arbeit drängt und sich bis jetzt keine Arbeitswilligen gefunden haben. — Zuzug von Steinseckern, Kammern und Hülfsarbeitern nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

**Die Matifeier.** Bekanntlich hat der Sozialdemokratische Verein trotz der beschränkenden Bedingungen, welche dem Matifestzug aus Furcht vor den rothen Fahnen vom Polizeiamt auferlegt sind, beschlossen, den Weltfeiertag des Proletariats neben einer Versammlung am Vormittag durch einen Auszug nach Israelsdorf zu begehen. Das Komitee hat nun auf seinen Antrag vom Polizeiamt folgenden Bescheid erhalten:

Auf den Antrag des Komitees für die Matifeier vom 17. d. Mts. um Ertheilung der Erlaubniß zu einem für den 1. Mai d. Js. geplanten Ausmarsch der hiesigen Gewerkschaften und Vereine nach Israelsdorf und zur Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel daselbst, sowie zum Rückmarsch nach Lübeck hat das Polizeiamt beschloffen, die nachgesuchte Erlaubniß zwar zu ertheilen, inbezug nur unter den nachstehenden Bedingungen:

1. Als Sammelplatz für die Teilnehmer wird das Burgfeld bestimmt.
2. Der Einmarsch zu diesem Sammelplatz in geschlossenen Zügen ist nicht gestattet.
3. Es ist verboten, rothe Fahnen oder Banner, sowie rothe Schärpen oder sonstige Embleme und Abzeichen, welche den Auszug als eine sozialdemokratische Demonstration gegenüber den bürgerlichen Kreisen kennzeichnen, im Zuge zu führen.
4. Die Theilnahme von noch schulpflichtigen Kindern in besonderem geschlossenen Zuge ist untersagt.
5. Es sind in ansehnlicher Zahl und durch besondere Abzeichen kenntlich gemachte Aufseher zu bestimmen, welche auf dem Sammelplatz und auf dem Marsche dafür Sorge zu tragen haben, daß der allgemeine Verkehr in keiner Weise gestört wird.
6. Auf dem Rückmarsch hat sich der Zug auf dem Burgfelde aufzulösen.

Zur Beglaubigung.  
(gez.) Lippert.

Mit Ausnahme des die Noththun gewisser Kreise kennzeichnenden Abz. 3 entspricht dieser Bescheid allen in früheren Jahren ergangenen. Nach Entrichtung der obligaten „Gebühr“ von 250 Mk. haben wir also jetzt die Genehmigung zum Umzug erhalten. — Nunmehr ist es Aufgabe der Lübecker Arbeiterschaft, in ihren Gewerkschaften Stellung zur Matifeier zu nehmen und dafür zu sorgen, daß sich der Festzug auch ohne rothe Fahnen zu einem äußerst imposanten Demonstrationzug gestaltet. Der demonstrative Charakter des Tages liegt eben nicht — wie das Polizeiamt annimmt — in dem Mitführen von rothen Fahnen und Emblemen im Zuge, sondern in dem Ruhelassen der Arbeit. Zweifellos wird in diesem Jahre die Arbeiterschaft, in richtiger Würdigung des Tages, wo es ohne schwere materielle Schäden angängig ist, möglichst einmüthig die Arbeit ruhen lassen. Genossen, rüßt euch zum Maienfest der Arbeit!

**Ein Verein der Zigarrenladen-Inhaber** hat sich hier gebildet; demselben sind bereits 27 Mitglieder beigetreten. Der Verein bezweckt die Wahrung der Interessen der Zigarrenladen-Inhaber.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
  - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
  - 3) Militär-Papier.
  - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
  - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
  - 6) Innungsmittelbchein.
- Ist der Antragsteller verheirathet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heirathsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtschein der Ehefrau.
  - 8) Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, Werktags in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenfrei.

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

**Öffentliche Bücher- und Lesehalle.** Der Bücherbestand der öffentlichen Bücherhalle ist seit Mitte Januar d. Js. bereits wiederum um etwa 250 Bände vermehrt worden, und zwar handelt es sich, wie ein Blick in das Verzeichniß der Neuerwerbungen zeigt, zumeist um werthvolle Werke von allgemeinem Interesse. Besonders erfreulich ist es, daß es der Bücherhalle durch eine freundliche Schenkung möglich geworden ist, der durch den Weibels-Abend der literarischen Gesellschaft geweckten Nachfrage nach Weibels Werken in weitem Maße genügen zu können. Außer einer Ausgabe der gesammelten Werke haben die Heroldbrufe, der Juniuslieder, die Gedichte und die Tragödie Sophonisbe, die letzteren Werke in mehreren Exemplaren, eingereicht werden können. Einer anderen höchst dankenswerthen Schenkung entflammen die neuereigenen Ausgaben von Herders und Körners Werken, ferner die Werke von Julius Moser, W. G. Riehl, Jffland, Arzinger,

Joh. v. Müller, Jünger, Steigentisch, Zedlitz, v. Hippel, Bessel, Auerbachs Schwarzwälder Dorfgeschichten u. s. w. Die schöne Literatur der neueren Zeit ist unter den Neuerwerbungen vertreten durch Werke von Gustav Falke (Gothe Sommertage), durch das vom Kunstwart herausgegebene Handbuch deutscher Lyrik, durch Julius Wolfs Sülzmeister, durch Werke von Helene Böhlau, Freiherrin von Ompteda, Ida Bop-Ed, Paul Henje u. s. w. Auch Walthers Classens jüngst erschienener Roman „Kreuz und Limbo“ findet sich unter den Neuerwerbungen. Auf Wunsch verschiedener Leser ist Dantes „Göttliche Komödie“ in der Ausgabe von Gildemeister angeschafft. Besonders stark sind unter den Neuerwerbungen die Zeitschriften vertreten, z. B. die neuesten Jahrgänge der Leipziger Illustrirten Zeitung, verschiedene Jahrgänge von Westermanns Monatsheften, von Ueber Land und Meer, ja selbst einige Bände der „Woche“ haben Aufnahme gefunden. Ferner sind neu eingekauft der Selbst, Fürs Haus, Technische Rundschau, Volkswohl, Blätter für Volksgesundheitspflege und die Moderne Kunst. Daß jetzt noch Werke der englischen und französischen Literatur in größerer Zahl aufgenommen sind, entspricht einem bereits häufiger geäußerten Wunsche. Die wissenschaftliche Literatur der Bücherhalle hat ebenfalls mannigfache Vervollständigungen erfahren. Ihre Zahl ist zu groß, um hier sämmtlich angeführt werden zu können, genannt sei nur als Lubecensie das Werk von Th. Schwarz, „Das alte Lübeck“, Bilder aus der Kultur und Geschichte Lübecks bis zu Anfang des 17. Jahrhunderts. — Weitere Bücherzuwendungen, deren die Bücherhalle nach wie vor dringend bedarf, werden ebenso wie die Anmelde neuer Mitglieder (Mindestbeitrag 2 Mk.) in der Bücher- und Lesehalle (Mengenstraße Nr. 10) entgegengenommen.

**Im Umschlaghafen** kollidirte gestern Nachmittag der auf der Ausreise befindliche kleine schwedische Schooner „Hermine“ mit einer Pfahlgruppe. Das Schiff trug so erhebliche Beschädigungen davon, daß es nach seinem früheren Liegeplatz geschleppt werden mußte, da an die Fortsetzung der Reise nicht zu denken war.

**In die Trave gestürzt** ist gestern Abend mit seinem 14 d. ein junger Mann, der dicht am Travestrande zwischen den Schuppen 9 und 10 radelte. Der junge Mann wurde von einem Hafnarbeiter glücklich gerettet, während das Rad noch einige Stunden am kühlen Grunde lagern mußte, ehe es wieder auf festen Boden gelangte. Hoffentlich hat das Sturzbad für den jungen Mann keine üblen Folgen.

## Parteigenossen! Gedenkt des Wahlfonds!

Infolge der Eingemeindung eines Theils der Gemeinde Wortwitz veranlaßt sich die Anmeldung aller in dem eingemeindeten Theile wohnhaften Personen bei dem hiesigen Meldeamt. Um jedoch zu vermeiden, daß die zur Anmeldung verpflichteten Personen persönlich im Meldeamt erscheinen müssen, hat das Polizeiamt Beamte seines Meldeamts beauftragt, eine Aufnahme der in Frage kommenden Personen durch Umfrage von Haus zu Haus vorzunehmen. Die Umfrage erfolgt in den ersten Tagen des April. Die beauftragten Beamten sind mit polizeilicher Legitimation versehen, und stellt das Polizeiamt an alle in Betracht kommende Personen das Ersuchen, den Beamten ihre Aufgabe durch sofortige genaue Beantwortung der gestellten Fragen zu erleichtern.

**Stadt-Theater.** Aus der Kanzlei schreibt man uns: Donnerstag Vortheilsabend für Frä. Bartels nach ihrer Wiederherstellung. Zur Aufführung gelangt zum letzten Male „Der Prophet“ von Meyerbeer unter Mitwirkung des gesammten Personals; Freitag „Fidelio“ mit Frä. Kurt in der Titelpartie. Sonnabend gelangt das Drama „Sannibal“ zur überhaupt ersten Aufführung. Der Verfasser, Herr Dr. Walter Friedemann, der Dramaturg unseres Theaters, hat hiermit ein Drama geschaffen, dessen Vorgänge sich im alten Karthago abspielen und das sich an die Vorgänge des zweiten punischen Krieges anlehnt. Dabei aber ist der Versuch gemacht, allgemein menschliche Probleme, die zu allen Zeiten bestanden haben und darum auch modern sind, zu behandeln. Sonntag Nachmittag bei ganz freien Preisen „Alf-Heidelberg“, Abends „Der blinde Passagier“.

**Ausführung der Schlachtungen in den Landgebieten und Travemünde.** Zur Verhütung unnöthiger Quälerei von Thieren beim Schlachten hat das Polizeiamt folgende Verordnung erlassen: § 1. Das Schlachten muß stets schnell und ohne Quälerei der Thiere geschehen. Großvieh, Pferde, Schweine, Kälber, Schafe und Ziegen dürfen nur nach vorausgegangener Betäubung geschlachtet werden. Die Betäubung hat durch Stirnschlag zu erfolgen und darf das Schlagen, insbesondere des Großviehes und der Pferde nur von sachkundigen kräftigen Leuten ausgeführt werden. Mit dem Aufhängen, Abhäuten, Abbrähen und der weiteren Verarbeitung darf erst begonnen werden, wenn der Tod des Thieres eingetreten ist und sämtliche Bewegungen und Zuckungen des Körpers aufgehört haben. § 2. Die Verordnung des Polizeiamts vom 28. März 1889, betreffend die Ausführung der jüdischen Methode des Schlachtens (Schächtens) wird durch diese Verordnung nicht berührt. § 3. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

**Cutin.** Das Auge des Geistes kann nicht mehr über alle Versammlungen wachen. Das ist einfach schrecklich und dennoch ist es so! Uns wehte nämlich der bekannte günstige Wind folgende vertrauliche Verfügung der Großh. Regierung auf unseren Redaktionsstisch:

Großherzogliche Regierung. Cutin, 1903, März 24.

Da in letzter Zeit die Zahl der von den Gendarmeriestationen zu überwachenden politischen Versammlungen sehr gewachsen und für die nächste Zukunft eine weitere

Steigerung vorzusehen ist, so daß die Ueberwachung aller Versammlungen kaum mehr bewerkstelligt werden kann, so wird hierdurch bis auf weiteres bestimmt, daß zwar an dem Grundzuge der Ueberwachung der Versammlungen festzuhalten ist, daß es indessen dem Ermessen der Gendarmeriestationen überlassen bleibt, bei solchen Versammlungen, in denen eine Störung nicht zu befürchten ist, die Ueberwachung zu unterlassen, oder auch solchen Versammlungen nur eine Zeilang beizumohnen; ferner, daß die Berichte über die Versammlungen thunlichst kurz zu halten sind und insbesondere — falls die Wichtigkeit des Gegenstandes es nicht erfordert — keine Angaben über den Inhalt der gehaltenen Reden zu enthalten sind.

(Unterschrift)

In  
sämmtliche Gendarmerie-  
stationen.

Da ja in sozialdemokratischen Versammlungen eine Störung nicht zu befürchten ist, so werden diese für die Folge wohl von den Ueberwachenden verschont bleiben. Dagegen sind Versammlungen des Bundes der Landwirthschaft und sonstiger geistesverwandten Korporationen unter allen Umständen zu überwachen, da man nie weiß, was dort einmal gegen die Regierung in Szene gesetzt werden kann, fernermal diese Leute in ihrer Unzufriedenheit zeitweilig offen gegen die Regierung opponiren. Oder sollte vorstehender Erlaß doch anders gemeint sein? Hier ist also Vorsicht dringend geboten!

**Samburg.** Die Soldatenjehnderei steht, trotz der Deffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens und der Kritik im Reichstage, doch in üppiger Blüthe, wie die fortgesetzten Verhandlungen vor den Kriegsgerichten beweisen. Diesmal war es ein Unteroffizier Emil Meyer von der 4. Kompagnie des in Neumünster garnisonirenden 163. Infanterie-Regiments, der sich wegen einer langen Reihe von empfindlichen Mißhandlungen von Untergebenen vor dem Oberkriegsgericht zu verantworten hatte. Im vorigen Herbst war M. als Gefreiter zur Rekrutenausbildung dem Sergeanten St. beigegeben, dessen „Erziehungsmethode“ er noch ganz bedeutend übertrumpfte. Aber der inzwischen zum Unteroffizier avancirte M. hat es denn doch schließlich zu toll getrieben, so daß er sowohl wie sein „Vorbild“ wegen Mißhandlung und unvorschriftsmäßiger Behandlung von Untergebenen angeklagt wurden. M. hätte sein Meißel als Rekrutenhildner noch lange fortgesetzt, wenn nicht einer der von ihm malträdirten Rekruten Namens Bod ins Bazaroth gekommen wäre. B. hatte an den Ohren große Blutgeschwülste, über deren Ursprung ihn der behandelnde Arzt ins Gebet nahm. Der Kranke erzählte darauf seine Lebensgeschichte, die zur Aufdeckung der übrigen Schandthaten des M. wie auch der des Sergeanten führte. Täglich ist B. von seinem Peiniger drei bis vier Mal an den Haaren und Ohren gerissen und in die Ohren gekniffen worden was in 25 Fällen geschehen sein soll; außerdem hat ihm M. beim „Griffelkloppen“ arg zugefügt, indem er ihm das Gewehr gegen die Schulter stieß und ihm dadurch große Schmerzen verursachte. Beim Ausrichten wurde er von dem schneidigen Unteroffizier in die Richtungslinie gestochen. Der Sergeant St. soll sich nur in zwei Fällen der Mißhandlung von Untergebenen schuldig gemacht haben, weshalb er vom Kriegsgericht der 17. Division zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Bei M. nahm das Gericht an, daß eine fortgesetzte Mißhandlung vorliege, die mit einer Gefängnißstrafe von 6 Monaten und Degradation zu ahnden seien, da der Angeklagte sich unwürdig und unfähig gezeigt habe, die Stelle eines Vorgesetzten zu bekleiden. Der Sergeant beruhigte sich bei dem Urtheil, während M. Berufung beim Oberkriegsgericht einlegte, die aber verworfen wurde. — Der verlassene Stellvertreter Gottes auf Erden, der auf eine nur kurze, aber trotzdem „erfolgreiche“ militärische Laufbahn zurückblicken kann, hat ja seine Strafe weg, aber nichtsdestoweniger drängt sich uns die Frage auf: Wie ist es möglich, daß ein solcher zu Ausschreitungen schlimmster Art geneigter Mensch zum Unteroffizier befördert werden konnte? Den Vorgesetzten kann doch unmöglich die „Thätigkeit“ M.s als Rekruten-Gefreiter entgangen sein, und trotzdem wird er befördert! Die Schindereien kamen erst, wie in so vielen Fällen, durch die Bazarothbehandlung des Gepeinigten ans Tageslicht, sonst wäre ruhig weiter geschunden worden.

**Hensburg.** Ein Deserteur aus Eternliebe. Der Heizer Heinrich Niderthien von Hensburg hatte den Panzerkreuzer „Prinz Heinrich“ in Kiel heimlich verlassen und hatte zunächst seine Eltern aufgesucht. Der Vater ist ein Krüppel und da er arbeitsunfähig ist, hatte die Mutter beim Kommando angefragt, wann ihr Sohn entlassen würde. Als Entlassungstermin wurde der 15. Dezember v. Js. angegeben. Hierbei war aber übersehen worden, daß Niderthien wegen Fahnenflucht mit 1 Jahr Gefängniß vorbestraft worden war und deshalb nachdienen mußte. Nun wurde er nachträglich von der Liste der zu Entlassenen gestrichen. Als die Mutter wiederholt ihrem Sohne schrieb, warum er nicht käme, entschloß dieser sich, seinem Truppentheile heimlich zu verlassen. Zwei volle Monate arbeitete er sodann bei der Kohlerfirma Holm u. Molzen und kam mit einem Dampfer der Firma nach Apenrade, wo er sich mit einem Polizeisergeanten unheimig wurde. Hierbei stellte sich heraus, daß man es mit einem Deserteur zu thun hatte und nun wurde Niderthien nach Kiel zurücktransportirt. Das Kriegsgericht der 1. Marineinspektion nahm keine Fahnenflucht an, stellte vielmehr fest, daß Niderthien seine alten Eltern redlich unterstützt habe und verurtheilte denselben deshalb nur wegen eigenmächtiger Entfernung von seinem Truppentheile zu 4 Monaten Gefängniß und Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

### Briefkasten.

G. R. u. S. D. So lange Sie minderjährig sind, bedürfen Sie auch eines Arbeitsbuches; sogar eine verheirathete, aber noch minderjährige Frau hat ein Arbeitsbuch nötig, sofern sie gewerblich thätig ist.

Am 31. März 2 1/2 Uhr starb unser lieber Sohn  
M a x  
im Alter von 1 Jahr 3 Monaten 6 Tagen.  
Dies zeigt tiefbetrübt an

**Wilh. Eggers und Frau**  
geb. Weh.  
nebst Kinder.

**Logis für 2 junge Leute zu verm.**  
Rathburger Allee 42 a.

**Ein Logis zu vermieten**  
dasselbst ein gr. Sopha zu verkaufen.  
Rüchtingstraße 41.

**Sofort ein leeres Zimmer zu verm.**  
Sichergasse 44/3.

**Zum 1. Juli eine 2 Zimmer-Wohn.**  
an ruhige Leute  
Schützenstraße 56 b.

**Gesucht 1 größeres Kaufmädchen**  
Brießstraße 11, part.

**Gesucht für Dienstage 1 Waschfrau**  
Ludwigstraße 48.

**Eine Frau gesucht**  
Tags über bei einem Kind. Zu erfragen  
Waltenstraße 80.

**Suche 2-3 Zimmergesellen.**  
Johs. Küchenmeister, Baugeschäft,  
Bismarckstraße 9.

**4 unterhaltene Polsterkühle**  
billig zu verkaufen. Dautwartsgasse 52.

**Verloren** am Freitag Abend eine goldene  
Brosche. Abzugeben gegen gute  
Belohnung  
Rarpenstraße 26.



Ca. 200

# Herren- u. Knaben-Anzüge

stellen wir

**Mittwoch** — **Donnerstag** — **Freitag** — **Sonnabend** — **Sonntag**  
den 1. April      den 2. April      den 3. April      den 4. April      den 5. April  
zu einem

großen Extra-Ausverkauf.

**25** pct. **Preisermässigung** **25** pct.

welche an der Kasse in Abzug gebracht werden.

**Konfirmanden-Anzüge** bedeutend unter  
bisherigem Preis.

# Warenhaus Hansa

Für das Arbeiter-Sekretariat in Lübeck wird eine **Hilfskraft**

des Sekretärs gesucht. Reflektanten müssen in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung erfahren sein, die Grundzüge der sozialen Gesetzgebung kennen, die deutsche Sprache beherrschen und eine flotte Handschrift haben.

Angebote mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 15. April a. c. an **Joh. Körner**, Stützenstraße 26, zu senden.

Die Aufsichts-Kommission.

Im Verlage von N. Lipinski in Leipzig ist erschienen und durch unsere Buchhandlung zu beziehen:

## Bibliothek des praktischen Wissens.

- Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mk. 1.
- Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, Mk. 0.75.
- Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter, Mk. 0.75.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

## Neueste Lübeckische Gesangbücher

in verschiedenen Preislagen

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstrasse 50.

Ein fast neuer Gehrock und Weste  
billig zu verkaufen.

Füchsergrube 61, 2. Etg.

Zu verkaufen eine 1 1/2 schläf., eine 1 schläf. Bettstelle, 1 Sprungfeder-, 1 Secgras-Matratze, 1 Garderobe.

Füchserstraße 17.

Billig zu verkaufen  
eine 2 schläf. Bettstelle.

Weiter Lohberg 9, 1. Etg.

Für Konfirmanden

### 2 Jacketts

billig zu verkaufen. An der Rampe 104.

**Chr. Bettmann, Schneider,**  
Reizerstraße 26 a, 1.  
empfeht sich zur Aufbringung seiner Herren-Garderoben.

Beizende Samen = künstl. Blumen

**Emma Prilop, Schfamacherstraße 11.**

**Robert Schmidt, Schuhmacher**  
wohnt jetzt **Geuerdesstraße 56.**

1 bis 2 Ruder Dzug  
zu kaufen gesucht

Wiedesstraße 60, 2. Et.



**Arbeiter-Stadtfahrer-Verein Lübeck.**  
**General-Versammlung**  
am **Donnerstag den 2. April 1903**

Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

- Tages-Ordnung:
1. Annahme
  2. Botenwahl
  3. Antrag des Vorstandes
  4. Anträge zur Gauskonferenz
  5. Festlegung der Touren für April.
  6. Fragestunde
  7. Verschiedenes.

Der Vorstand

**Pflaumenmus** Hfd. 17 Hfg.  
**H. Wiedow, Engelsgrube 34.**

### Putzarbeiten

werden angefertigt in und außer dem Hause  
Gr. Gröbelsgrube 30

**Fr. Bohse, Glaser, Engelswisch 59**  
empfeht sich  
zum Einrahmen von Bildern.

## Mai-Feier.

Die Gewerkschafts- und Vereins-Vorstände werden ersucht, die Karten zur Mai-Feier am Donnerstag und Freitag Abend 8 1/2 Uhr in Empfang zu nehmen.

Das Komitee.

Genossen, welche auf dem Festplatz in Israelsdorf am 1. Mai eine Zapfstelle zu übernehmen wünschen, wollen dieses bis zum 20. April schriftlich beim Komitee, Vereinshaus, Johannisstr. 50-52, einreichen.

Das Komitee.

Geschäftsleute, welche mit Lebens- und Genussmitteln auf dem Festplatz in Israelsdorf am 1. Mai ausstehen wollen, sowie Karouffel- und Budenbesitzer, haben dieses dem Komitee bis zum 20. April 1903 schriftlich im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52, einzureichen.

Das Komitee.

## Stadttheater.

Donnerstag den 2. April, 7 1/2 Uhr.  
**Vortheilsabend Bartels.**  
Der Prophet.  
Große Oper in 5 Akten von Weber.  
Freitag: Fidelio. Sonnabend: Hannibal.  
Sonntag Nachm. (Bei ganz H. Preisen): Alt-Heidelberg. Abends: Der blinde Passagier.



**Konfirmanden-Anzüge**  
Von heute ab zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

bis 5, jetzt 1.60 R.
8 1/2, 6.50
12, 9.50
15 1/2, 12.50
22, 17.-

Sämmtliche Arbeiter-Garderob. u. Veranlassung durchgehört billig!

**Wollhaus „Goldene 33“**  
am alten Breitenstraße 33, 1. Etage.  
Grüßlich wünscht jeder Konfirmand eine gut gehende Bekleidung, deren Anzug im Werte über 15 Mark ausfällt.

**Kein Laden!**

Verantwortlicher Redakteur für den gewerkschaftlichen Teil der Zeitung: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Stadt, Lübeck und Umgebung: Johannes Stelling. Druck von Friedr. Meyer & Co. - Eigentümer: Theodor Schwarz.



## Zweiter Bauarbeiterkongress.

Berlin, den 29. März 1903.

### Vorversammlung.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses trat Sonntag Abend der zweite Bauarbeiterkongress zusammen; sein Vorgänger hat vor 4 Jahren, im März 1899, und war auch in Berlin getagt. Der Saal ist reich dekoriert. Regierungsvorsteher sind diesmal nicht erschienen; sie scheinen durch das Roth in der Dekoration ferre gehalten worden zu sein.

Erschienen sind etwa 400 Delegirte aus allen Theilen Deutschlands. Aus dem Auslande sind als Gäste gekommen: Georg Borth aus Budapest, Franz Haber aus Wien, Henrich Rasmussen aus Kopenhagen, Nils Persson aus Malmo, J. Drewes aus Amstercdam, G. Froidevaux aus Bern, G. Borzhesio aus Turin (sämmtlich Vertreter von Maurergewerkschaften) und Maler Müller aus Wien.

Dem Kongress liegt ein ausführlicher Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz vor, die in Hamburg ihren Sitz hat. Mit dem Kongress verbunden ist eine kleine Ausstellung: die Bauarbeiterkongresskommission in Hamburg zeigt das Modell einer Baubude und eines Mustergerüsts, bei dem jede Gefahr für die Arbeiter ausgeschlossen ist. Die Kommissionen von Düsseldorf und Breslau stellen photographische Aufnahmen von Baugerüsten auf.

Eingeleitet wurde der Kongress durch einen Kommerz zu Ehren der Delegirten.

Nachdem eine Anzahl Musikstücke zu Gehör gebracht waren, begrüßte Maler Linz-Berlin die Delegirten und Gäste namens der Berliner Landeskommission und namens der hauptberuflichen Arbeiter Berlins.

Alsdann nimmt Bömelburg-Hamburg, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Maurer, zu einer Ansprache das Wort.

Das Bureau des Kongresses wird aus drei Vorsitzenden und vier Schriftführern gebildet. Vorsitzende sind Bömelburg-Hamburg, Töpfer Dransel-Berlin und Zimmerer Schrader-Hamburg. Außerdem wird eine Mandatsprüfungskommission gewählt, eine Geschäftsordnung beschließen und als Tagesordnung festgesetzt: 1) Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz, Berichterstatter Th. Bömelburg; 2) Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiterschutzes und Verabreichung weiterer Maßnahmen, Berichterstatter G. Heinke-Hamburg; 3) Lohnklausel und Bauverträge, Berichterstatter Chr. Odenthal-Hamburg; 4) Anträge.

Vorher hatte Bömelburg die ausländischen Gäste herzlich begrüßt und darauf hingewiesen, daß die Vererbung ausländischer Maurer durch die deutschen Unternehmer zur Bekämpfung von Streiks besonders dazu beigetragen habe, daß sich die Arbeiterorganisationen des Baugewerbes auf dem europäischen Kontinent viel enger als früher zusammengefunden hätten. (Bravo!)

Eingeladen zur Theilnahme an den Verhandlungen hat man die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die ihre Mitglieder Hoch, Pfannkuch und Zubeil entsandt hat, und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die durch Robert Schmidt vertreten wird. Bömelburg fügt diesen Mittheilungen folgendes hinzu: Wir haben auch dieses Mal die Reichsregierung freundlich eingeladen, obwohl sie das vorige Mal (1899) zu kommen abgelehnt hat. Sie heute haben wir eine offizielle Mittheilung noch nicht erhalten. (Hört, hört!) Sie kennen ja die bekannte Geschichte mit dem rothen Tuch. (Heiterkeit.) Vielleicht ist noch Aussicht vorhanden: Die Regierung hat heute morgen einen Beauftragten hierhergeschickt, der sich bei dem Vorsitzenden der Landeskommission für die Provinz Brandenburg, Maler Linz, erkundigt hat, ob uns daran gelegen wäre, daß ein Vertreter der Regierung auf dem Kongress anwesend wäre. Linz hat selbstverständlich gesagt, daß

wir schon einverstanden wären. Ob der Beamte direkt nach dem rothen Tuch gefragt hat, will ich nicht sagen. Linz hat jedenfalls erklärt: „Wenn jemand kommt, an unsrer Dekoration wird nichts geändert. Wir sind mit dem rothen Tuch nicht verständig gewesen, aber das, was da ist, das bleibt auch.“ (Heiterkeit.) Uns würde es jedenfalls eine ungemein große Freude sein (Sehr richtig!), wenn die Herren von der Regierung Gelegenheit nehmen wollten, unsre Schmerzen aus unserm eignen Munde zu hören. Wenn die Regierungsdelegirten Männer von Gefühl sind, werden sie dann dem Grafen Posadowsky sagen müssen: Es muß Wandel geschaffen werden, so kann es nicht weitergehen, die Zustände im Baugewerbe sind himmelschreiend! (Sehr richtig!) Hoffentlich kommen also die Herren; am rothen Tuch werden sie nicht sterben. Wir sterben auch nicht daran, wenn wir mal schwarz-weiß-rothes sehen! (Heiterkeit und lebh. Beifall.)

Für die Verhandlungen des Kongresses sind zwei Tage in Aussicht genommen; verhandelt wird von 9—1 und 3—7 Uhr. Während der Verhandlungen sollen alkoholische Getränke nicht verabreicht werden.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der große Sjerlohner Ausstand wurde Sonntag durch Vergleich beendet. — Die organisirten Maler und Anstreicher in Koblenz sind mit ihren Forderungen von den Unternehmern abgewiesen worden. — Die Berliner Stukkateure haben den Unternehmern einen neuen Lohnantrag übersandt. Antwort wird bis zum 11. April erbeten. Verlangt wird hauptsächlich: Für Werkstatt Stukkateure die 8 1/2 stündige Arbeitszeit und Herbeischaffung des Materials auf den Bauten durch Handlanger. — 72 Arbeiterinnen aus drei Abtheilungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin haben wegen rigoroser Behandlung und sehr schlechten Verdienens bei fortwährenden Reduzierungen der Akkordpreise die Arbeit niedergelegt. — Die Bäcker, Schneider, Zimmerer und Maurer in Debreczin, ungefähr 2500 Personen an Zahl, beschließen wegen Lohnunterschieden in den Ausstand zu treten. — Die Baumwollindustriellen in Lowell (Massachusetts) sperren 17000 Arbeiter aus, welche einen Streik beabsichtigten.

**Internationale Solidarität.** Das Brüsseler Gewerkschaftskartell hat beschlossen, mittelst Listen für den Wahlkampf der deutschen Genossen zu sammeln. Ferner ist die Veranstaltung eines Volksfestes geplant, dessen Reinertragniß ebenfalls der deutschen Partei zufallen soll. Auch wurde der Generalrath gebeten, alle Gruppen des Landes zu gleichem Vorgehen einzuladen.

**Ueber die Berliner Gewerkschaftsbewegung** im letzten Jahre giebt der jüngst erschienene Jahresbericht der Gewerkschaftskommission Auskunft. Der Kommission sind 72 Gewerkschaften mit 108729 Mitgliedern (gegen 84937 im Vorjahre) angeschlossen, etwa der vierte Theil der in Berlin beschäftigten Arbeiter; die größten Organisationen sind der Metallarbeiterverband mit 30664 Mitgliedern, der Holzarbeiterverband mit 12000, der Maurerverband mit 8074, der Buchdruckerverband mit 6991, die Handels- und Transportarbeiter mit 5806 (gegen 6001 im Vorjahre), die Buchbinder mit 3786, die städtischen Arbeiter mit 3289 Mitgliedern. Zwischen 1000 und 3000 Mitglieder haben die Organisationen der Zimmerer, Bauarbeiter, Schneider (2400), Töpfer, Lithographen, Schuhmacher (1650), Droschkentreiber (1413), Puffer, Maschinenisten und Feizer, Sattler und Schmiede. Im Berichtsjahre waren 406 Streiks zu verzeichnen, an denen 11914 Personen theilhaftig waren. Von den Streiks waren 205, also über die Hälfte, erfolgreich, 44 hatten theilweisen Erfolg und 142 blieben erfolglos. Sie theilten sich in 303 Angriffs-

103 Abwehrstreiks (wegen Lohnkürzung, Maßregelung, Nichtbeachtung der allgemeinen Arbeitsbedingungen und schlechter Behandlung) und erforderten eine Ausgabe von 272 820 Mk. bzw. 95 128 Mk. Die Gesamtentnahme aller in der Kommission vertretenen Gewerkschaften betrug nahezu 2 1/2 Millionen, davon wurden für Arbeitslosenunterstützung 452 304 Mk., für Krankenunterstützung 175 490 Mk., für Reiseunterstützung 41 374 Mk., für Rechtschutz 19 023 Mk. und für besondere Beihilfen 259 359 Mk. aus gegeben.

**Jugendliche Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken.** Der „Reichsanz“ veröffentlicht eine neue Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken in Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen. Auf Steinkohlenbergwerken, deren Betrieb auf achtstündige Schichten eingerichtet ist, dürfen bei der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter männlichen Geschlechts über vierzehn Jahre welche über Tage mit den unmittelbar mit der Förderung der Kohlen zusammenhängenden Arbeiten beschäftigt sind, die Beschränkungen des § 136 der Gewerbeordnung mit folgenden Maßgaben außer Anwendung bleiben: Die Beschäftigung darf nicht vor 5 Uhr morgens beginnen und, wo in zwei Tagesschichten gearbeitet wird, nicht nach 11 Uhr abends schließen; keine Schicht darf, einschließlich der Pausen, länger als acht Stunden dauern. Zwischen zwei Arbeitsschichten muß eine Ruhezeit von mindestens fünfzehn Stunden gewährt werden. Zwischen den Arbeitsschichten müssen Pausen in der Gesamtdauer von mindestens einer Stunde gewährt werden.

**Eine wichtige prinzipielle Entscheidung des Reichsversicherungsamts.** Ist § 94 Ziffer 2 des neuen Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes auch auf Verletzte anzuwenden, die unter dem alten Gesetz verunglückten? Diese prinzipielle Frage hatte der erweiterte Senat des Reichsversicherungsamts, der nur in besonderen Fällen zusammentritt, zu entscheiden. Nach § 94 Ziffer 2 ruht das Recht eines Ausländers auf Bezug einer Rente, solange der Verletzte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat. Diese Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesraths für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung bezeugt, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährt wird, außer Kraft gesetzt werden. Hieran hat der Bundesrath bezüglich Oesterreich-Ungarns und Italiens Gebrauch gemacht. Nach § 37 des neuen Bau-Unfallversicherungsgesetzes gilt nun der § 94 Ziffer 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes auch für das Baugewerbe. Der alte § 39 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes sah nun bloß das Ruhen des Rentenanspruchs des Ausländers während der Zeit seines Aufenthalts im Auslande vor. Ihn glaubte die Tiefbau-Versicherungsgesellschaft einem Italiener gegenüber anwenden zu können, der unter dem alten Rechtszustand die Rentenansprüche in Deutschland erworben hatte, aber erst nach dem Inkrafttreten der neuen Gesetze nach Italien zurückgekehrt ist, das heißt nach dem 1. Oktober 1900, nämlich im Januar 1902. Die Rente wurde durch Beschluß vom 9. Januar 1902 eingestellt. Der Verletzte Paoletti legte, vertreten durch den italienischen Konsul, Berufung beim Schiedsgericht ein, das die Berufungsgesellschaft zur Weitergewährung der Rente verurtheilte: Es wäre das neue Recht anzuwenden, weil Kläger erst unter dem neuen Rechtszustand nach Italien zurückgekehrt sei. Daß der Unfall und die Rentenzubilligung unter dem alten Recht erfolgten, sei unerheblich. Die Berufungsgesellschaft legte Rekurs ein und machte geltend, die neuen Bestimmungen hätten keine rückwirkende Kraft auf Verletzte mit Ansprüchen aus der früheren Zeit. Der verhandelnde Senat überließ die Entscheidung dem erweiterten Senat. Dieser verwarf unter dem Vorsitz des Präsidenten Gabel den Rekurs der Berufungsgesellschaft und billigte die Entscheidung des Schiedsgerichts. Der Präsident führte noch aus: In allen Fällen, wo nach dem 1. Oktober 1900, nach

## Schlechter Leumund.

Kriminal-Revellé von Karl Ed. Klopfer.

13. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Marie sprang rasch von ihrem Sitze auf. Sie mußte genau, was für ein Name als Antwort auf die aufgeworfene Frage in der Eröffnung ihres Vaters folgen würde, aber sie lautete doch so gespannt, als hinge ihr Leben an dieser Entscheidung.

Herr Sandler erschrak über den unheimlichen Ausdruck ihres Gesichtes, und wagte nicht, fortzufahren.

„Verpöbel Hügel!“ sprach anstatt seiner mit starker Stimme der Kompanion, ohne sich indessen auf seinem Stuhl zu rühren.

„Das ist nicht wahr!“ schrie Marie plötzlich laut, mit einer gewissen Verzweiflung auf, als müßte sie eine gegen sie selbst gerichtete Anklage zurückwerfen. Sie wandte jetzt Weller ein freibewiesenes Antlitz, ein wild aufsprühendes Augenpaar zu.

Diese hingeschleuderten Worte erregten den Zorn Ferdinands. Ein dämonisches Feuer begegnete ihrem Blicke aus seinen Augen. Er biß die Zähne wild aufeinander und bezwang sich nur mit erschütterlicher Mühe, um endlich gelassen, in seiner gewohnten Weise, sogar mit einer spöttischen Kälte, antworten zu können.

„Du vertheidigst ihn, meine Liebe, — eine gewiß edle Regung! Aber ich bedaure, Dir einen Schmerz zufügen zu müssen, indem ich Dir sage, daß Hügel's Schuld leider nur zu sehr erwiesen ist. Man hat ihn heute früh, gleich nach dem Ausbruch des Brandes, in einer sehr verdächtigen Gemüthsaffassung und einem nicht minder verdächtigen Aufzuge getroffen, als er eben im Begriffe war, dem Schauplatz seines Nachstrebens zu entfliehen. Man hat ihn aber glücklichweise noch rechtzeitig dingfest gemacht und ihn in de-

Bereich des Armes der Gerechtigkeit gebracht — zu Amtmann Ramburg.“

„Und doch — man irrt sich — man irrt sich gewiß“, rief sie ängstlich hervor.

„Er ist unschuldig — man urtheilt vielleicht —“ fuhr sie dann schnell fort, „wieder nur nach dem Schein.“

„Ich glaube kaum“, erwiderte Weller mit einer grausamen Harmlosigkeit, als erwähne er etwas ganz Nebensächliches, das nur so obenhin, so nebenbei bemerkt zu werden brauche.

„Ich glaube kaum, denn er hat bereits ein — ein Geständniß abgelegt!“

Marie fuhr starr zurück und griff sich erbleichend an die Stirne.

„Wie? Er hat — gestanden?“ wiederholte sie nach einer inhaltschweren Pause dumpf und schüttelte zweifelnd den Kopf.

„Er hat gestanden?“

„Ja, mein Kind“, erwiderte da Herr Sandler, bewegt ihre Hand ergreifend.

„Ich bitte Dich, lasse Dich aber dadurch nicht so furchtbar alteriren! Was kümmert Dich denn der Schurke, dieser niederträchtige —“

„Vater, Vater, er hat wirklich — gestanden?“ rief Marie entsezt.

Vater und Tochter bemerkten in diesem Augenblicke nicht das hässliche Lächeln, nicht das triumphirende Aufleuchten in dem martrixten Gesichte Herrn Ferdinand Weller's, der seinen anfänglichen Zorn über die von Marie geäußerten Zweifel und ihre Vertheidigung des Sträflings bereits überwunden zu haben schien.

„Ja denn, mein Kind — ja, er hat nach anfänglichem Leugnen bekannt, daß er der Brandleger sei. Ueber das Motiv seiner Frevelthat durfte man auch nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Und wenn auch ein solcher Gestandener hätte, so müßte ihn das Geständniß des Unglücklichen völlig

gestreut haben — er gestand endlich seine That und gab an, sich an mir, meinem ehemaligen Chef, der ihn ins Unglück gebracht hatte —“

„O, mein Gott!“ schluchzte Marie und sank dem Vater an die Brust.

Für Klängen in diesem Momente die Worte in die Ohren, die sie gestern Abend da draußen im Garten, von einer zweifelnden, leidenschaftlichen Stimme vernommen hatte, die Worte:

„... Ich glaube, es könnte noch so weit kommen, daß ich in meiner Verzweiflung zum Mordstahl griff, um mir ein willkommenes Ende zu bereiten — und sollte dies ein Ende unter'm Haken sein!“

Aber da flammete plötzlich eine Idee in ihr auf, die sofort wuchs und wuchs und im Nu ihre riesigen Schwingen entfaltete. Wie, hatten sie nicht gesagt, er habe zuerst gesehnet und nur auf ein scharfes Inquiriren endlich ein Bekenntniß abgelegt? Ja, da hingen sich ihre mit einem Male aufgetauchte Muthmohungen mit einer gewissen krampfhaften Eile fest — das war ein Lichtpunkt!

Sie riß sich entsezt aus den Armen des Vaters und richtete sich empor.

„Ferdinand, warst Du dabei, als — dieser Hügel anfangs leugnete und endlich vor dem Amtmann die That gestand?“ fragte sie rasch, aber mit einer gewissen Kälte, die sie sich mit Aufgebot aller ihrer Willenskraft abgerungen hatte.

„Jawohl, mein Schatz“, lächelte der Bräutigam mit zuvorkommender Verbeugung, „ich war von Anfang bis zu Ende dabei.“

„Ferdinand war es ja, der den Verbrecher eigenhändig festnahm“, ergänzte Sandler, „und ihn unter Begleitung Ramburg's und anderer Leute nach der Stadt eskortirte, bis er festgesetzt war.“

Marie warf ihrem Bräutigam einen langen, scharfen



dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, ein italienischer Arbeiter wieder nach dem Auslande verziehe, seien die Berufsgenossenschaften mit Rücksicht auf die zitierten Bestimmungen in Verbindung mit jenem Bundesratsbeschlusse nicht berechtigt, noch nach dem alten Gesetz zu verfahren.

**Freundschaft verboten.** Die Frechheit und Unverschämtheit mancher Unternehmer kennt wahrhaftig keine Grenzen. Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ ist in der Lage, einen Arbeitsvertrag zu veröffentlichen, der die bisher bekannt gewordenen Buchhausordnungen noch um eine neue Nuance überholt. Die Erste Süddeutsche Papier-Fabrikanten-Gesellschaft in Straubing (Bayern) legt den Bewerbern um Stellung eine Arbeitsordnung vor, in der folgender wunderbare Passus enthalten ist:

„Freundschaftsschließungen (!) zwischen dem Buchbinder und Schriftsetzer und den anderen Arbeitnehmern ist strengstens verboten.“

Zu Hochum hatte einmal ein Waarenhaus seinen männlichen und weiblichen Angestellten verboten, Liebesverhältnisse miteinander zu unterhalten — das nahmen wahrscheinlich die Unternehmer als ihr ausschließliches Recht für sich in Anspruch —, jetzt wird sogar die Freundschaft verboten. Man wird schließlich noch das Denken und die innersten geistigen Regungen zu reglementieren suchen; denn den Unternehmern ist nichts heilig als der Profit.

**Wegen Beleidigung von 26 Meeraner Textil-Millionären** wurde vom Amtsgericht in Greiz der Genosse Roth als verantwortlicher Redakteur der „Reuß. Volksztg.“ zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Ehre der Kläger gar nur mit 75 Mk. bewertet. Heiterkeit erregte es, als der Anwalt der Kläger für die Textil-Millionäre eine — „entsprechende Buße“ (!) beantragte. Natürlich mußte er diesen seltsamen Antrag wieder zurückziehen. Die noch mitangeklagten Beleger und Firmeninhaber des Blattes wurden freigesprochen.

**Zur Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung**, gegen ihre Lohnkämpfe und ihre Bemühungen zur Erlangung sonstiger besserer Arbeitsbedingungen, hat der 12000 Mark Verband der Agitatoren der Freisinnigen, Frankl, geworden, und dieser hat unter dem Namen Bürger in seiner Schrift „Soziale Thatfachen und sozialdemokratische Lehren“ die Feilsche der Sozialdemokratie, besonders durch reichliches Zahlenmaterial zu widerlegen versucht. Die Schrift soll, auf Kosten der Unternehmer, in Millionen Exemplaren unter die Arbeiter geworfen werden und so wird bei den nächsten Streikbewegungen und besonders während des Wahlkampfes dieses „Material“ überall aufgeföhren werden. Der Verfasser der vorliegenden Broschüre hat nun dieses Nachwort einer gewissenhaften Prüfung unterzogen und die Behauptungen von der zunehmenden Annehmlichkeit der Arbeiter am Nationalreichthum und der daraus gezogenen Schlussfolgerung, daß der Arbeiter mit seiner heutigen Lage wohl zufrieden sein könne, glänzend abgelehrt. Durch das vom Verfasser gebotene reiche Material ist die Broschüre geradezu zu einem Handbuch zur Widerlegung der hauptsächlichsten Schlagworte unserer Gegner geworden. Der Einzelpreis ist 20 Pf. Um die Verbreitung der Broschüre möglichst zu fördern, liefert der Verlag an Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle, politische Vereine, Vertrauenspersonen u. zu folgenden Preisen: 100 Stück 10 Mk., 500 Stück 40 Mk., 1000 Stück 75 Mk., 5000 Stück 350 Mark. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Lindenstraße 69, zu richten; auch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. in Lübeck nimmt Bestellungen entgegen.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 1. April 1903.

Die öffentliche Prüfung im Waisenhaus wird am Donnerstag, den 2. April d. J., Vormittags 11 Uhr, stattfinden. Die Vormünder und Bevormünder der Kinder, sowie alle Freunde der Anstalt sind eingeladen.

Die Benutzung der Radfahrwege. Nach der Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 20. April 1901 sind die Radfahrwege ausschließlich für den Radfahrverkehr bestimmt. Es ist daher verboten, auf denselben entlang zu gehen, zu fahren, zu reiten oder Vieh zu treiben. Beim Ueberfahren der Radfahrwege haben Fußgänger jeden unnötigen Bezug zu vermeiden. Gegen diese Verordnung wird vielfach, namentlich auf den Radfahrwegen nach Israelstorf und Schwarzen durch Fußgänger geföhrt. Es wird daher zur Vermeidung von Strafen auf jene Verordnung von Seiten des Polizeiamtes aufmerksam gemacht.

Blid zu, den Weller zu Anfang ruhig aushielt und sogar mit einem boshaften Lächeln erwiderte, aber — merkwürdig! — er wachte mit einem Male etwas in ihren ausdrucksvollen Augenpernen lesend, das seine berühmte felsenfeste Sicherheit irritierte; er wurde um eine kaum bemerkbare Nuance blässer und ließ seinen Blick auf seine Finger sinken, die mechanisch mit dem silbernen Theelöffel spielten.

Marie sah sich mit ihrem Lächeln über das Gesicht, als wolle sie die letzten Thränen hinwegwischen und stark sein. Dann wachte sie ihrem Vater leicht zu und wandte sich gegen die Thür.

„Wohin?“ fragte Herr Sendler besorgt und wollte sich ihr wieder mit einer zärtlichen, beschwichtigenden Gestenwendung zuwenden.

Marie wies aber seine ihr entgegengehaltene Hand mit einem Kopfschütteln zurück.

„Ich gehe auf mein Zimmer, Papa.“ sagte sie, sich zu einem Lächeln zwingend, aber mit fast tonloser Stimme und einer schredlichen Blässe auf den Wangen, „ich fühle mich durch die Nachwirkung des Unglücks von heute sehr so angegriffen, daß mir der Kopf schwindet — ich muß ein wenig Ruhe haben — ich will versuchen zu schlafen!“

Damit schloß sie hinaus, hinüber nach ihrem Zimmer, wo sie sich einschloß.

Die beiden Männer sahen sich eine gute Weile schweigend gegenüber.

„Des arme Kind!“ begann endlich Sendler. „Ich würde wohl getrost sagen, hätte ich gewußt, daß die Geschichte so tragisch beschaffen konnte. Aber wer konnte denn das auch vermuthen? Sie hat ja sonst so angelegentlich nach dem Vater.“

„Ja! Ja! Sie haben mich nicht weniger erkannt,

Drei antike kupferne Ofenplatten wurden beim Abbruch des kürzlich niedergebrannten Hauses Alststraße 19 gefunden. Dieselben stammen aus dem 16. resp. 17. Jahrhundert und sollen dem Museum überwiesen werden.

**Personalien.** Der Senat hat Paul Meyer jr. an Stelle des auf seinen Antrag ausscheidenden Th. J. H. Lenckhan zum bürgerlichen Deputirten und Bezirksamtsverwalter bei der Armenanstalt erwählt. — Der von der Gemeindeversammlung in Cronsförde zum Mitglied des Gemeindevorstandes erwählte Rätbner J. G. F. Muuß ist vom Stadt- und Landamte bestätigt und beedigt worden.

Die diesjährigen Frühjahrs-Kontrollversammlungen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck finden statt: In Lübeck, auf dem grünen Plage neben der alten Kaserne: 1) Am Montag, den 6. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1902, 1901 und 1900, sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen der Infanterie. 2) Am Montag, den 6. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1899. 3) Am Dienstag, den 7. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1898. 4) Am Dienstag, den 7. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1897. 5) Am Mittwoch, den 8. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1896. 6) Am Mittwoch, den 8. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1895. 7) Am Sonnabend, den 11. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1894. 8) Am Sonnabend, den 11. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1893. 9) Am Mittwoch, den 15. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1892 und 1891. 10) Am Mittwoch, den 15. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1890 und jüngere. 11) Am Donnerstag, den 16. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1902, 1901, 1900, 1899 und 1898, sowie für die zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen der Spezialwaffen. Dies sind: Jäger, Kavallerie, Feldartillerie, Fußartillerie, Pioniere, Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffertruppen, Trainaufsichtspersonal, Traingemeine, Unteroffiziere, Pferdewärter, Militärbäder, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Geistliche, Unterapotheker, Unteroffiziere, Fahnen- und Beschlagschmiede, Zahlmeister-Aspiranten, Büchsenmachergehülfen, Waffenmeistergehülfen, Deponierhandwerker und Arbeitsvolk. 12) Am Donnerstag, den 16. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen — siehe vorstehende Erläuterung — der Jahresklassen 1897 und 1896. 13) Am Freitag, den 17. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen — siehe vorstehende Erläuterung — der beiden Jahresklassen 1895 und 1894. 14) Am Freitag, den 17. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen — siehe vorstehende Erläuterung — der Jahresklassen 1893, 1892 und 1891. 15) Am Sonnabend, den 18. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen — siehe vorstehende Erläuterung — der Jahresklasse 1890, sowie für sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklassen 1902, 1901 und 1900. 16) Am Sonnabend, den 18. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatz-Reservisten der Jahresklassen 1899 und 1898. 17) Am Montag, den 20. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Ersatz-Reservisten der Jahresklassen 1897, 1896 und 1895. 18) Am Montag, den 20. April 1903, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatz-Reservisten der Jahresklassen 1894, 1893 und 1892. 19) Am Dienstag, den 21. April 1903, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Ersatz-Reservisten der Jahresklassen 1891 und 1890. — Befreiung von der Kontroll-Versammlung wird nur in besonders dringenden Fällen ertheilt. Den Befreiungsgesuchen sind stets die Pässe beizufügen. Sämmtliche Militärpapiere, etwaige Dekorationen und deren Besitzezeugnisse sind mitzubringen. Richterfeinen wird mit Arrest bestraft.

Die Schweinejagd auf dem Grundstücke des Schlachters Schümann in Moisling ist erloschen. Der Feuermelder, der bisher auf dem Schützenhause angebracht war, ist als Außenmelder nach dem Hause

lieber Vater; die Sache ist Marien unvermutheter Weise so nahe gegangen, daß ein Mißtrauischer fast auf den Gedanken kommen konnte, sie — sie nähme eine ganz besonders warmes Interesse an diesem jungen Tangenichs Leopold Hugel!“

Der gute Herr Sendler fühlte freilich nicht den bitteren Hohn in diesen Worten seines Kompagnons.

„Nu.“ meinte er ganz arglos, „sie ist eben ein zartempfindendes Gemüth, das die Niedertracht eines Menschen, der uns vorzeitig immerhin nahegekommen, weltlichmerzlich berührt. Es geht uns ja selbst beinahe so. Aber freilich — daß Marie sich durch dieses traurige Faktum gar so tief erschüttern lassen kann, das setzt mich in Erstaunen; ich hätte das nicht erwartet!“

Herr Sendler, und wohl auch Herr Weller, würden jedoch noch mehr Grund zum Staunen gehabt haben, hätten sie in diesem Moment Marie beobachten können, die in ihrem Zimmer, statt sich zur Ruhe hinzulegen, leise ihren Schrank öffnete, einen Mantel überwarf, einen Hut mit diesem Crepphütler aufsetzte und dann mit vorsichtigen Schritten, ängstlich sich umsehend, auf den Korridor hinaus trat und durch eine Hintertreppe die Villa verließ, um den Weg nach der Stadt einzuschlagen.

Hugel sah nun wieder in demselben Gemeindegängniß, das ihn vor Jahren beherbergt hatte, kurz bevor er in die Unterhängebühnen des Kreisgerichts abgeliefert worden war. Er trug dieselbe dämpe, tropige Niederdegschlagenheit zur Eche, die er damals gezeigt hatte. Es bestand auch sonst eine furchtbare Aehnlichkeit zwischen seiner heutigen und seiner damaligen Situation. Er wußte, daß er in kürzester Frist abermals dem Kreisgerichte eingeliefert werden würde, daß die abendliche Richterholung über ihn zu Gericht sitzen und einen Urtheilsspruch fällen würde, der ihn in

Jackenburger Allee Nr. 10, Ecke Schwartauer Allee, verlegt worden.

**Arbeitersekretariat.** Die Zahl der Besucher belief sich im Monat März auf 632 (583) — die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Unter den Besuchern waren organisiert 365 (341) Personen. Unter den Verbleibenden 297 Unorganisirten befanden sich 47 Angehörige von Organisirten und ein Theil Nichtorganisationsfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 505 (470) männlich, 127 (113) weiblich. Den Hauptgruppen nach geschieden vertheilen sich die Besucher wie folgt: gelehrte Arbeiter 234 (211), Arbeiter ohne Beruf 214 (219), Ehefrauen 83 (73), Wittwen 20 (19), Dienstboten 25 (14), sonstige Gewerbetreibende 46 (36), Invaliden 8 (11). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 537 (507) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 33 (29), Oldenburg 37 (29), Mecklenburg 15 (10), Preußen 9 (8) und sonstwo 1 (0) Personen. Die Ausgänge vertheilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 89 (83), Arbeits- und Dienstvertrag 81 (80), Bürgerliches Recht 243 (216), Strafrecht 25 (26), Arbeiterbewegung 7 (1), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 148 (151), Gewerkschaften 16 (6), Verschiedenes 23 (19). Von den Ausgängen machten 135 (176) die Anfertigung von 220 (210) Schriftsätzen erforderlich. Insgesamt wurden deren 244 (229) angefertigt. Davon gingen durch Vermittelung des Sekretariats als Postsendungen aus 69 (44). Des Ferneren gingen 91 Drucksachen aus. Eingingen 35 (70) Postsendungen. Der 24. März zeigte mit 41 (39) die höchste, der 25. März mit 10 (7) die niedrigste Besucherzahl.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Hamburger Fensterputzer befinden sich wegen Lohnunterschieden im Streit. — Die Bautischler Hamburg befinden sich in einer Lohnbewegung; sie fordern eine Regelung der Lohn- und Affordverhältnisse. — Die Maurerarbeitenleute in Pinneberg befinden sich mit ihren Arbeitgebern in Lohnunterschieden. Zugang von Maurerarbeitenleuten nach Pinneberg und Umgegend ist daher bis auf Weiteres strengstens fern zu halten. — Wegen Beleidigung eines Mechanikers wurde Genosse Hindfleisch, Redakteur unseres Nieler Parteiblattes, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 200 Mark beantragt. Die Straftat war dadurch begangen, daß in einem Sprechsaalartikel behauptet worden war, der Strafantragsteller habe „aus kleinen Gründen“ Arbeiter entlassen. — Die Maler Kiel haben das Angebot der Innung, für die nächsten 3 Jahre 53 Pfg. Stundenlohn, angenommen. — Die Zimmerer in Gadebusch treten am 3. April in den Streit. Sie fordern 35 Pfg. Stundenlohn bei 10 Stunden Arbeitszeit. Heute beträgt ihr Stundenlohn 28 1/2 Pfg. — Die Malergehülfen in Barel (Oldenburg) sind in den Ausstand getreten.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In Pinneberg gerieth ein Feiler beim Fischessen eine Gräte im Halse fest, die von den Aerzten nicht entfernt werden konnte; eine Halsentzündung führte den Tod des Betroffenen herbei. — Einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, wie die Polizei bestimmt annimmt, die seit 9 Tagen spurlos verschwundene 15jährige Tochter Margarethe der Geseute Andrick in J e h o e. Die Königl. Staatsanwaltschaft hat die eingehendsten Nachforschungen angeordnet. — Nach der Urtheilung durch den Minister zog der Staatsanwalt in Kiel die Berufung gegen das freisprechende Urtheil wegen der Polizeiangriffe der „Nieler Neuzeit“ zurück. Damit ist also das freisprechende Urtheil rechtskräftig geworden; die Kieler Polizei hat eine schwere Niederlage erlitten. — In Döberan erhängte sich der 11jährige Karl W., weil er wegen Unterschlagung von 2 Pfg. Strafe befürchtete. — In G e e k e m ü n d e wurde der Wagenwärter Albers bei der Aufnahme von Wagen durch den Rangirübergabebegzug nach dem Fischereihafen auf dem Güterbahnhofe überfahren und sofort getödtet.

**Ratzeburg.** Eine „geicherte Existenz“ haben die Chauffeurwärter unseres Kreises. Sie beziehen das horrendes Einkommen von Mk. 47 pro Monat. Sie brauchen also nicht mehr das siebenzigste Lebensjahr zu erwarten, um den Segnungen unserer Sozialgesetzgebung theilhaftig zu werden, sie leben schon im besten Mannesalter beinahe in gleich großem Glücke. Als sie sich erkühnten, um eine Verbesserung einzukommen, wurden sie zusammengetrommelt und kräftig angehaucht. Die „Alten“ seien sehr schön damit ausgekommen, aber die „Jungen“ seien eben vom Geiste der Unzufriedenheit angehaucht. Es gebe aber nichts! Nun werden die Chauffeurproletarier wohl eingesehen haben, daß es möglich ist, die Bolltaxis-Liebesgaben für die Agrarier auch ohne Lohnerhöhungen aufzubringen. — Nach anderen Zielen trachtet anscheinend ein kreisbekannter Sozialistendöbter, ein „Kesselerleutnant und Gymnasiallehrer“. Er „kürt“ jetzt nämlich das Volk darüber auf, daß § 2 des Jesuitengesetzes nicht aufgehoben werden dürfe. Die Jesuiten seien noch schlimmer als die Sozialdemokraten. — Früher waren

dieselben Kerkermauern verbannen würde, die er vor wenigen Stunden verlassen hatte — diesmal aber konnte es freilich keinem Zweifel unterliegen, daß er das Zuchthaus nicht so bald wieder verlassen werde; jetzt stand er ja unter der Auflage eines bei Weitem schwereren Verbrennes, unter dem Delikte eines gemeinen Raubaktes und mußte als — Rückfälliger, „als bereits einmal Abgestrafter“ eines mindestens verdreifachten Strafausmaßes gewärtig sein. —

Als er am Morgen in die Amtsstube zum ersten Verhöre unter Dr. Ramberg gebracht wurde und von diesem erst in deutlichen Worten die furchtbare Anschuldigung vernahm, die man gegen ihn erhob, da versiel er anfangs in einen Anfall rasender Verzweiflung. Er sprang an die Thür, warf die Gerichtsbücher mit kräftiger Faust zurück und schwor, daß er sich bis zum letzten Blutstropfen zur Wehre setzen werde, ehe er sich unter die Verweiser der idischen Gerechtigkeit stellen wolle, die er als seine grausamen Peiniger betrachtete. Er beschimpfte Ferdinand Weller, der seine Schwägungen jedoch mit einem gleichgültigen, hochmüthigen Achselzucken über sich ergehen ließ. Endlich mußte ihm die Zwangsjacke angelegt werden.

Ramberg sprach ihm ruhig zu, stellte ihm das Vergeblische seiner wahnwichtigen Reue vor, daß er seine Lage dadurch nur verschlechtern könne, daß er sich mit Ergebung in's Unvermeidliche fügen müsse usw. Dann legte er ihm die Frage vor, ob er sich schuldig bekenne, das Feuer auf dem Grundstück gelegt zu haben.

Hugel beschwor in herzbewegenden Ausdrücken seine Schuldlosigkeit.

Ramberg schüttelte mit finsterner Miene den Kopf und schritt zu dem schwerwiegenden „Indizienbeweis“, wie er sich ausdrückte.

(Fortsetzung folgt.)



die Sozis für ihn der Inbegriff alles Schlimmen; als Kriegervereinschnepper bekämpfte er sie mit Eifer und Unbacht; jetzt sind's die „Jesuiter“, die's ihm angethan haben.

**Kiel.** Die Metalldiebstähle auf der Kaiserlichen Werft. Die Strafkammer verhandelte gegen vier Kieler Einwohner wegen Beteiligung an den großen Metalldiebstählen auf der Reichswerft. Die Verhandlung dauerte zwei Tage. Der Hauptschuldige S. d., welcher vollständige Kriegsschiffschrauben angelauft hatte, erhielt eine achtzehnmonatige Zuchthausstrafe, zwei Mitangeklagte mehrröchige Gefängnisstrafen, einer wurde freigesprochen.

**Krupp.** Zur Verkrachung der Krupper Anlagen. In der Generalversammlung der Krupper Werke in Dortmund wurde über den Vorschlag verhandelt, die Genossenschaft aufzulösen, doch gewonnen die Bedenken gegen diesen Schritt die Oberhand, weil man bei einer Liquidation den Verlust der eingelezten Gelder befürchtete. Man wurde sich sodann einig über den Ausweg, daß das Kreditkorporation 20.000 Mk. einzahlte, wovon 10.000 Mark an die Preussische Hypothekbank zur Abzahlung kommen sollen, während 9000 Mk. für die Genossenschaft Verwendung finden sollen. Da es unmöglich ist, das Altknecht mit den verfügbaren Mitteln zu erhalten, so wurde ferner der bedauerliche Beschluß gefaßt, samtl. Utheile (etwa 90) Inhaft des Altknechts zum 1. April aus der Anstalt zu entlassen. Dadurch wird auch die bereits genehmigte Kollekte zu Gunsten der Altknecht heimfällige. — Nach der „Krupp-Affäre“ eine „Krupp-Affäre“.

**Mendenburg.** Nachklänge zur Roth-Exzesse. Der Rittmeister Seiffert vom Mendensburger Trainbataillon wurde plötzlich zur Disposition gestellt und als Bezirkskommandant nach Bremen verlegt. Es ist dies allerdings kein weiterführendes Ereignis, aber es zirkuliert das Gerücht, daß diese Versetzung mit dem seiner Zeit in ganz Deutschland Aufsehen erregenden Fall Grosser in Verbindung steht. Rittmeister Seiffert war Chef der Kompanie, bei der die Schandthaten passierten. Auch wird behauptet, daß mit dem Unteroffizier Braun nicht mehr Kapitulant wird; dieser war Zeuge jenes Vorganges, unterließ es aber, die Sache zu melden. Demnach ist die Sache doch nicht ohne Nachspiel geblieben! Allerdings ist auch dadurch die unerhörte Soldatenjücherei noch lange nicht, trotz der Bestrafung und der Versetzung, genügend gestöhnt.

**Bremen.** Der Scharfmacherstreich des Norddeutschen Lloyd vor der Bremischen Bürgerschaft. In der letzten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft brachte Genosse Ebert bei Gelegenheit der Budgetberatung das Aktenstück des Norddeutschen Lloyd auf das Koalitionsrecht der Arbeiter zur Sprache. Als er die Maßnahmen des Lloyd erwähnte, wurde „Bravo!“ gerufen. Ebert bemerkte: „Es sind Maßnahmen, um den Arbeitern das gewährte Recht der Koalition freitretig zu machen. Es sind Maßnahmen, die von den reaktionärsten Scharfmachern bisher geübt wurden, und es ist auffällig, daß die sogenannte liberale Kaufmannschaft in der Bürgerschaft den Muth findet, in der Bürgerschaft solchen Scharfmachergeklüften des Lloyd ein Bravo zuzurufen. Sie sind nur liberal, wenn es sich um den Stimmenfang bei den Arbeitern handelt; im Uebrigen sind Sie reaktionär bis auf die Knochen.“ Bürgermeister Gröning entfesselte eine große Sozialistenrede. Er bemerkte: „Wie weit die Bekämpfung aller anderen Klassen und die einseitige Verbitterung, die unter den Arbeitern durch die sozialdemokratische Lehre gelehrt wird, ist am schlagendsten bewiesen dadurch, daß man der Wählerchaft zumuthet, einen kleinen Bremerhavener Schankwirth (Widerspruch), der ja ein sehr braver Mann sein mag — nun, er mag auch Gastwirth oder ein größerer Wirth sein — zum Reichstagsabgeordneten der Freien Hansestadt Bremen zu wählen. Das ist ein so ungeheuerliches Beginnen, daß ich glaube, die Zeit wird kommen — und sie ist nicht mehr fern — wo man auch in der Arbeiterschaft den Kopf darüber schütteln wird, daß so etwas möglich ist. (Lebhafter Beifall. Sehr richtig!) Denn das kann jedes Kind einsehen, und das wird von den Sozialdemokraten auch kaum bestritten werden, daß ein solcher Mann, er mag so bran und geschickt sein, wie er will, unmöglich im Stande ist, die Interessen Bremens im Reichstags zu vertreten, die doch hauptsächlich im Handel und der Schiffahrt liegen. Das wollen auch die Sozialdemokraten gar nicht, sie wollen eine sozialdemokratische Stimme im Reichstags mehr haben und dem werden die Interessen des Handels und der Schiffahrt, worauf unsere ganze Wohlfaht beruht, rücksichtslos geopfert.“ (Sehr richtig!) Herr Bürgermeister Gröning ist Oberhaupt des Bremischen Staates. In dieser wichtigen Eigenschaft sollte er — so nimmt wenigstens der gewöhnliche Sterbliche an — zum Mindesten die Verfassung des eigenen Staates kennen. In dieser Verfassung giebt es zwei Paragraphen, die also lauten: § 17. Alle Staatsangehörigen sind gleich vor dem Gesetze. § 18. Jeder Staatsangehörige ist unter Voraussetzung der gesetzlich erforderlichen Eigenschaften zu jedem Amte wählbar. — Und vielleicht ist Herr Bürgermeister Gröning als Oberhaupt eines zum Deutschen Reiche gehörigen Bundesstaates auch in dem Besitze eines Exemplares der Verfassung des Deutschen Reiches. In dieser giebt es einen Artikel 29, der also lautet: Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesammten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.“ Man wird zur Entschuldigung des Herrn Gröning annehmen müssen, daß ihm diese Klaren und unzweideutigen Bestimmungen der Bremischen Staats- und Reichsverfassung entfallen waren, denn sonst würde er keine ganz unqualifizirbaren, herabsehbenden Bemerkungen über den kleinen Bremerhavener Schankwirth wohl vor sich behalten haben. Und wenn die Reichsverfassung die Reichstagsabgeordneten ausdrücklich zu Vertretern des gesammten Volkes ernannt, wie kann Herr Bürgermeister Gröning da so offen und ungenirt verkünden, daß der Bremische Reichstagsabgeordnete nicht der Vertreter des gesammten Volkes, sondern der Vertreter des Bremischen Handels und der Bremischen Schiffahrt ist, der an die Aufträge und Instruktionen, die das Bremische Handels- und Schiffahrtswesen ertheilt, gebunden ist! — Der Lloyddirektor Stolze rief: „Der Lloyd wird den Betrieb aufrecht erhalten, und wenn es Millionen kostet! (Bravo! hört, hört!)“ Verbinden Sie sich, wir werden uns auch verbinden. Wir Liberalen sind bisher zu zahlreich vorgegangen. (Sehr richtig!) Die Sache ist vorbei, und Sie werden es am besten zu spüren wissen.“ (Bravo!) Der Lloyddirektor scheint zu vergessen, daß allzu sehr schartig macht. Aber auch ihm wird noch einmal seitens der Arbeiter klar gemacht werden, daß diese sich nicht wie eine Schaafherde behandeln lassen, sondern Anspruch auf eine menschen-

würdige Behandlung erheben. Und die nächste Reichstagswahl wird hoffentlich lehren, daß die Arbeiterschaft Bremens und Umgegend dem kleinen Bremerhavener Schankwirth, trotz aller scharfmacherischen Maßnahmen des Lloyd, Vertrauen schenkt, so daß dieser für die Folge Bremen im Reichstags vertritt. Sein Bildungsgrad ist jedenfalls ein höherer, als der des Direktors Stolze und seiner geistesverwandten Kumpane!

## Aus Nah und Fern.

**Ein ostpreussisches Dorf mit elektrischer Beleuchtung.** Wohl einzig in seiner Art steht das 6 km von Allenstein entfernte Dorf Wabang unter den ländlichen Ortschaften Ostpreussens da. Das ganze Dorf, das Eigenthum des Mühlenbesizers Ganzwindt, eines Bruders des bekannten Erfinders in Schöneberg bei Berlin, ist, hat elektrisches Licht, selbst die gewöhnlichsten Dorfstaten und die Dorfstraßen. Es brennen ungefähr 200 Lampen (Birnen). Diese Einrichtung hat Herr Ganzwindt getroffen; er will später seine Anlage an die in Allenstein zu errichtenden Elektrizitätswerke anschließen lassen.

**Der Eid des Mennoniten.** Der seltene Fall, daß ein Mennonit als Zeuge vernommen wird, ereignete sich bei der Zivilkammer I des Landgerichts zu Frankfurt a. M. Auf die Bedeutung des Eides aufmerksam gemacht, erklärte der Zeuge, daß ihm die Wichtigkeit und Heiligkeit wohl bekannt sei, er aber denselben nur nach memnonitischem Ritus leisten könne. Hierauf erhob sich der Gerichtspräsident, reichte dem Zeugen die Hand, in die dieser einschlug und dann folgende Worte sprach: „Ich gelobe mit meinem Ja, welches Ja ist, durch Handschlag, daß das, was ich gesagt, wahr ist.“ Hierüber wurde ein Protokoll aufgenommen.

**Ein Bürgermeister als Denunziant.** Bei der Musterung der Militärpflichtigen in Göppingen bei Augsburg hat der Bürgermeister Eichleitner, der sich in letzter Zeit mit eigenartigen Versammlungsverboten, wie man sie in Bayern bis jetzt nicht kannte, hervorgethan hat, einen Nekruten, der bei sozialdemokratischen Versammlungen als Einberufer zeichnete, den Offizieren mit den Worten vorgestellt: „Das ist der größte Sozialdemokrat von Göppingen!“ Als dann der denunzirt Genosse dem untersuchenden Arzt seine Kurzsichtigkeit angab, meinte dieser: „Sie wollen nicht Soldat sein, Ihnen fehlt es im Hirn und nicht in den Augen!“ Der Bürgermeister und die Militärs lachten bei dieser Apositrophierung, die einer Mißhandlung gleichkommt, laut auf. Der Mann wurde dann auch als tauglich für die „Schweren Reiter“ befunden. Der fanatische Zentrumsbürgermeister war sich wohl bewußt, daß durch seine Handlungsweise dem so gebrandmarkten Vaterlandsverteidiger das Leben in der Kaserne zur Qual gemacht wird. Was thut man aber nicht alles aus christlicher Nächstenliebe.

**Ein theurer Spatz.** Das Schöffengericht in München hatte den Kaufmann Otto Gierlinger zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, weil er seinem reichen Schwiegervater, der die Verschwendungsucht Gierlingers nicht weiter unterstützen wollte, einen Todtenschädel und einen Drohbrieff geschickt hatte, um ihn zu erschrecken. Der Schwiegervater erkrankte auch vor Schreck ziemlich schwer. Gierlinger legte, ebenso wie der Amtsanwalt, gegen das Urtheil Berufung ein. Die Strafkammer verurtheilt nun Gierlinger zu 5 Monaten Gefängniß.

**Die gefährdete Standesehre.** Ueber einen am Oberlandesgericht in Colmar verhandelten Ehe Scheidungsprozess berichtet der „Elbfl. Kurier“ nachfolgende fast ungläubliche Einzelheiten: Als Parteien im Ehescheidungsprozess traten ein Offizier aus Straßburg und seine Frau auf, ersterer persönlich. Als Grund zur Scheidung entwickelte der Offizier folgenden für Hiviltkreise amüsanten Vorgang: Der Offizier gerieth eines Abends mit seiner Frau in heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf die Frau das schwere Wort gelassen ausgesprochen: „Du bist ja doch zu feige, um mich zu schlagen!“ „Was soll ich nun“, fuhr der Offizier fort, „dagegen als preussischer Offizier thun, wenn mir meine Frau Freigebtheit ins Gesicht schleudert? Wenn die Frau eines anderen Offiziers diese Beleidigung ausgestoßen hätte, dann hätte ich wenigstens ihren Mann fordern können, aber bezüglich meiner Frau kann ich doch mich nicht selbst fordern. Darüber gerieth ich in höchste Aufregung. Ich zündete ein Licht an und forderte nun meine Frau dreimal auf, die Beleidigung zurückzunehmen, da mir kein Mittel und Weg zur Versöhnung stand, eine standesgemäße Satisfaktion zu erlangen. Wie immer trozte mir meine Frau und nahm nichts zurück. Da ich aber Anspruch auf standesgemäße Satisfaktion habe und solche nehmen muß, so ergriff ich einen Stock und versetzte meiner Frau einige Schläge.“

**Seiteres.** Grob. Mutter: „Wie konnten Sie es wagen, mein Herr, meine Tochter gestern Abend in dem dunklen Garten zu küssen?“ — Herr: „Ja, jetzt, wo ich sie bei Tage gesehen, wundere ich mich selbst darüber.“

## Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. März 1903.

### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

17. März. Lokomotivheizer B. G. Th. Rühr. Arbeiter C. A. S. Brodmüller. Arbeiter G. J. Schmidt. 18. Arbeiter W. J. S. Kleinfeldt. Eisenbahn-Wagenschieber J. G. Chr. Storm. 19. Arbeiter S. W. Schuldt. Arbeiter J. G. S. Detmann. Kaufmann J. G. S. Ehlers. 20. Tischler G. Th. Polster. Schugmann J. H. D. Groß. Arbeiter F. C. J. Westphal. Schneidermeister A. C. S. Brüggmann. Arbeiter A. J. A. Steffen. Eisenbahn-Stationen-Assistent F. S. Stuhlmann. 21. Schlosser H. S. W. Bindemann. Lokomotivheizer L. J. G. Otto. Bädergehülfe B. F. A. S. Ebler. 22. Arbeiter Th. G. S. Gerokte. Arbeiter J. C. W. Borchert. Briefträger F. J. S. Dopp. 23. Arbeiter C. A. S. Fid. Maurer L. Schneegang. Kutcher G. J. D. Schäfer. 25. Schuhmacher M. C. F. Bath. Gerichtsvollzieher F. W. Edener. 26. Dachdeckermeister J. F. A. Gerke. Arbeiter G. W. Wosien. 27. Briefträger C. G. J. Rangmaad. 28. Arbeiter F. C. S. Neumann.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

14. März. Arbeiter G. S. Th. Bilden. 15. Kleuherer J. J. G. Schwarz. 16. Revisions-Aufsicher R. F. S. Kemp. 17. Gärtner J. G. S. Scheel. Geschäftsfreisender J. B.

Franke. Arbeiter G. S. J. Grot. 18. Schuhmachermeister G. S. J. Busch. 19. Arbeiter A. S. J. Janik. 20. Arbeiter C. L. J. Zehendorf. 21. Paternenwärter O. B. J. Bielfe. Kesselschmied G. E. G. Dittmann. Uhrmacher L. G. Meyer. 22. Straßenreiner J. G. F. Langban. Schmied G. E. W. H. Reinde. Teller C. G. S. W. C. gels. 23. Schneider A. J. J. G. Busch. Kaufmann G. C. Rosenbergs. 24. Tabakspinner G. S. F. Johannsen. Arbeiter J. J. G. Ebert gen. Ewers. Lehrer C. G. S. W. Ihenhagen. 25. Schlosser A. G. B. Kruse. Werkstättenvorsteher C. G. Kaerner. 26. Geschäftsfreisender L. E. G. Käthe. Bäcker D. M. C. Siewert. Dekorationsmal J. G. C. Stephan. 27. Steinbruder M. D. Eichman. Schneider F. G. D. Rahrstedt. 28. Maurer C. B. J. F. Tejsin.

### Sterbefälle.

21. März. Chr. D. S. Meier, 12 J. M. G. M. geb. Nau. Ehefrau des Arbeiters A. Chr. F. Boll 38 J. geb. Wendt. Ehefrau des Professors A. S. A. Sartorius 69 J. 22. G. M. E. Försch, 1 J. 7 M. S. J. geb. Krüger. Witwe des Hauptlehrers W. S. F. Threns, 79 J. S. M. Martens, 9 M. C. Chr. M. geb. Thrends, Witwe des Schlachtereigenen J. G. S. Peterfen, 80 J. 23. M. S. J. geb. Maiz, 6 M. W. S. geb. Priess. Ehefrau des G. D. Jäggs 47 Jahre. (Gavignhorst.) 23. Ein todtgeborener Knabe. Vater: Schmied W. S. Chr. Volker. Landmann Heinrich Joachim Christian Aufst, 32 J. (Nieder-Büfßen) S. A. Kottler, 9 J. A. S. E. geb. Bernig. Witwe des Privatiers F. G. M. Willöper, 74 J. J. J. geb. Mol. Ehefrau des Zimmermeisters J. S. Schnauer, 33 J. Arbeiter A. S. H. Bielefeldt, 52 J. A. M. geb. Greve. Ehefrau des Vorarbeiters G. S. H. Clausen, 31 J. 24. Maurer Th. C. Ch. Beeje, 66 J. M. Engelhardt, 65 J. C. M. geb. Mäh. Witwe des J. S. H. Wagt, 62 J. A. J. Wulf, 4 M. U. G. S. Casselsfeldt, 3 M. Kaufmann J. Fehling, 78 J. H. S. C. geb. Witte. Witwe des Hofsekretärs J. M. Heimohn, 59 J. 25. Ein Mädchen, 1 J. 26. Tabakspinner G. S. F. Johannsen. Rentier A. Hochbaum, 31 J. Maurermeister J. S. Schildt, 68 J. W. Neumann, 9 M. 26. Kelturateur J. M. C. Tami. 47 J. (Hadenburg.) 27. C. W. Muus, 7 M. M. J. Gans, 1 M. 28. A. S. Rothmann, 1 J.

### Angenommene Angebote.

23. März. Mieter F. M. J. Martens und G. A. Bibau zu Jöndorf. Klempner J. Th. Greve und Witt D. U. C. Behrens geb. Dücker. Gärtner G. F. Wolpert u. G. Th. M. Langmaad. Kaufmann G. S. E. Speck und C. F. Jacdam. Arbeiter M. Th. Wesje und J. M. Ostrowski, beide zu Hamburg. 24. Kommiss G. S. Siegmund und F. C. Schnabel, beide zu Hamburg. S. lünder G. Th. A. Diedelmann zu Israelsdorf und A. C. Wilken zu Gützow. Schriftfeger J. G. S. Busch u. Witwe L. S. Th. Dunter geb. Labendorf. Schneider J. J. Ch. Schäfer und G. A. Wunder. Arbeiter G. G. J. G. S. M. D. A. Petersen. 25. Leutnant u. Bataillons-Adjutant im königlich 6. Infanterie-Regimente G. Ch. G. Häublein in Umberg und M. S. F. Ebenhuf Diener C. S. H. Blath und G. D. C. C. Voigt in Garitz Buchhalter D. K. F. Teichner und G. M. F. Fander Berlin. Kellner C. S. H. Scholz und C. J. M. C. Schöberg zu Lüneburg. Tischler A. S. W. Heitmann zu Mölling und M. C. D. Evers. Handlungsgehülfe J. B. J. Defau und M. M. S. Sackau. Straßenreiner J. J. S. Strohmich und M. Th. C. Wedmann. Fettwaarenhändler J. J. Ch. C. Eggert und G. M. J. Warncke. Handlungsgehülfe F. W. Gersdorf zu Lüneburg und G. B. 27. Kolonialwaarenhändler C. C. D. S. Leers zu B. werk und B. D. Ch. Haupt. Kaufmann J. C. Jacobsen zu Hamburg und M. U. Stamer. Fabrikarbeiter J. B. Blanthaber und M. C. W. Carlsson. Arbeiter J. Haase und J. C. D. Wejemann. Gärtner J. S. F. und M. C. Ch. Scheel. Stadtrath C. W. Th. Süd Nordhausen und Ch. G. Fendler zu Dresden. Haupt-Postamts-Assistent M. J. Ganing und F. A. Seiz in Kaiserlautern. 28. Seemann J. Ch. J. G. M. Bollmann u. B. J. G. Harber. Kutcher A. A. Dehmfte und M. S. H. Jankson. Schmied C. S. H. Hartwig und D. L. Tonagel.

### Eheschließungen.

24. März. Schlachter G. S. W. D. Clasen und A. W. Fischer zu Schlagsdorf. 26. Bäcker R. F. M. Spangenberg und A. Bielfeld. 27. Handlungsgehülfe W. Albrecht und Ch. Ch. C. Sommer. Kaufmann J. W. Schnoor und Witwe C. M. M. Svensson geb. Grefeldt. 28. Lehrer W. S. Weder zu Hamburg und M. A. Schmidt. Eisenbahn-Kontrollleur C. W. Holz und Witt A. M. C. Müllig geb. Holtz. Handlungsgehülfe G. S. Meyer und D. F. A. Kaufmann. Kesselschmied G. C. S. Wienberg und M. E. Petersen. Arbeiter F. G. M. rad und die geschiedene Ch. M. Schnoor geb. Schm. Vermessungsgehülfe J. J. und E. Westphal.

## Bele Nachrichten.

**Düsseldorf.** In der Skandalaffäre, worin wir jüngst unter Nah und Fern ausführlich berichtet ist, abermals eine Ueberraschung zu verzeichnen. Der hiesige Leutnant Freiherr von Löw hat vor Untersuchungsrichter ein Geständniß abgelegt abgegeben, daß er vor dem Schöffengericht einen Meineid geleistet habe. Es sei richtig, daß er mit der inzwischen am Vergiftung verstorbenen Ehefrau des Ingenieurs längere Zeit ein Verhältnis unterhalten und seine Geliebte in verschiedenen Malen in einer von ihm unter dem Namen eines Herrn von Löw gemietheten Wohnung in der C. Lottenstraße empfangen habe.

**München.** Ein Feuer zerlöste in der Nacht a Dienstag die Vorrathskammer einer Batterie des 5. Feldartillerie-Regiments. Der Schaden ist sehr groß; er wird auf 500.000 Mk. geschätzt, der verbrannten Geschütze allein auf 360.000 Mk. Verbrannt sind der ganze Train, 16 Fahrzeuge, die Holztheile Haubizen sowie die Pferdegeschirre. Man nimmt willige Brandstiftung an; Dienstag sollte nämlich derhalt der Vorrathskammer revidirt werden.

**Paris.** Das Schwurgericht verurtheilte Mörder des deutschen Ordensritzen, den früheren Beamten Chabaneix, zu lebenslanglichem Zuchthaus.

**Mizza.** Aprilwetter. Auf die Hitze der letzten Tage ist starke Kälte gefolgt. Morgens liegt Neif, Perpignan und anderen südfranzösischen Städten ist Samstag und Montag starker Schnee gefallen. Die Pyrenäen sind mit Schnee bedeckt. Auch in Tunis ist starke eingetreten.

### Sternschnuppen-Nachricht.

Hamburg, 31. März. Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 2670 Stüd. Preis: Senghörn — Mt., Verkaufsschweine, schwere 49 — 51 Mt., leichte 46 Mt., Säuen 42 — 46 Mt. und Ferkel 44 — 47 Mt., 100 Pfund.



Waren Sie schon im

# Erfrischungs-Raum??

Kaffee mit Schlagsahne  
Chocolade mit Schlagsahne  
Cognac, Liqueur, Weine

Einheitspreis 10 Pfg.

## Warenhaus Hansa.

Achtung

# Maifeier 1903

Achtung

Freitag den 1. Mai:

## Ausflug nach Israelsdorf

mit Musik, jedoch ohne Fahnen, rotte Abzeichen etc. nach der Wiese des Herrn Münz.

Dasselbst Ansprache und Konzert.

Sammelplatz der einzelnen Teilnehmer Nachmittags 1 1/2 Uhr auf dem Burgfelde. Abmarsch daselbst präzise 2 Uhr.  
Rückmarsch von Israelsdorf Abends 8 Uhr.

Morgenseier im Vereinshaus, bestehend in Konzert, Festrede, gehalten vom Genossen Wiffell, Gesangvorträge und Ausführung von lebenden Bildern Anfang präzise 9 Uhr. **Das Komitee.**

NB. Karten sind zu haben bei sämtlichen Distrikts- und Bezirksführern sowie bei C. Wittfoot, Hügel 18, Seeke, Lederstr. 3, Grünwaldt, Böttcherstr. 18, und im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

### Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum, sowie meinen Freunden und Gönnern zur ge. alligen Kenntniss, daß ich

**Gewerdesstraße 56**

eine

Kolonialwaaren-, Fettwaaren-, Brod-, Grünwaaren-, Glas-, Porzellan- u. Steingut-Handlung verbunden mit Leder-Handlung und Sohlen-Ausschnitt eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Waaren zu den billigsten Preisen zu führen. Um geneigten Zuspruch bittend, mit aller Hochachtung

**Robert Schmidt.**

**Allerfeinste Butter**  
in Gebinden, sowie in Anbruch  
stets vorräthig.  
in der Butterhandlung von **Th. Storm**, Königstraße 98.

### Bäckerei-Übernahme.

Nach einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage die

**Bäckerei von Herrn W. Böge**

Königstraße 89

übernommen habe. Bitte mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen. **Keine Margarine verbrandt wird.** Beste Waare und gute Bedienung versprechend, zeichne

**Fr. Kruse.**

Am 1. April verlege ich die von Herrn Philipp Paulig übernommene

### Samen-Handlung

nach der Schwartauer Allee 13a.

Gleichzeitig eröffne ich eine

### Blumen- und Pflanzen-Handlung

verbunden mit

### Binderei aller Art.

Bestmögliche Bedienung zugesichert, empfehle mein Unternehmen einem geehrten Publikum.

**Hubert Gottsch.**

### Prima Landjuchten

im Ausschnitt.

**Fernsprecher Nr. 473. Th. Storm, Königstrasse 98.**

Die St. Lorenz-Apotheke  
und die Hansa-Apotheke  
werden vom 1 April ab um  
9 Uhr Abends geschlossen.

## Zur Konfirmation

empfehlen

unsere prachtvollen Gratulations-Karten

in großer Auswahl und zu verschiedenen Preisen.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Unsere Kolporteurs nehmen ebenfalls Bestellungen an.

### Möbelkäuferu

empfehle ich

mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter

**Möbel jeder Art.**

**Folckers Möbel-Magazin**

25 Marlesgrube 25.

### Sarg-Magazin

von

**Georg Behnek**

4 Warendorfsstraße 4 (St. Lorenz).

Empfehle mein Lager von fertigen Särgen in allen Größen und Preislagen bei sofortiger Lieferung und billigsten Preisen.

Sterbe-Kleider u. Wäsche in größter Auswahl.

### Arbeiter-Bildungsschule

Lübeck.

### Versammlung

am Freitag den 3. April 1903

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen August Schulz über „Entziehung und Entwidlung des Volkswesens.“
2. Abrechnung vom 1 Quartal.
3. Jährliche Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

### Achtung!

## Bauarbeiter!

### Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 3. April 1903

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Das Vertrauensmännersystem.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

### Achtung Werstarbeiter!

### Verbands-Versammlung

heute Mittwoch den 1. April

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Der Vorstand.

Bereitschaftiger Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lübeck und Hamburg“ sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Bereitschaftiger Redakteur für die Artikel „Lübeck und Hamburg“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Steiling. - Berleger: Theodor Schwarz. Druck des Friedr. Meyer & Co. - Sämtliche in Lübeck.